

#### **4. Sitzung des XXX. Vorarlberger Landtags am 8. Mai 2019**

#### **TOP 7. „Mehr Gerechtigkeit in Vorarlberg – Mindestsicherung NEU rasch umsetzen!“ (Beilage 27/2019)**

---

**LTP Sonderegger:** Und wir kommen zu Tagesordnungspunkt

#### **7. Bericht des Rechtsausschusses zum Selbständigen Antrag der Abg. Bitschi und KO Allgäuer (FPÖ) „Mehr Gerechtigkeit in Vorarlberg – Mindestsicherung NEU rasch umsetzen!“ (Beilage 27/2019)**

Im Rechtsausschuss am 24.4. dieses Jahres behandelt. Zur Berichterstatterin wurde die Frau Abgeordnete Hosp bestellt. Ich eröffne die Debatte dazu in zweiter Lesung und bitte die Frau Berichterstatterin um ihren Bericht.

**Hosp:** Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, Herr Landeshauptmann, Hoher Landtag. In der Sitzung des Rechtsausschusses vom 24. April 2019 wurde der Selbständige Antrag der Abgeordneten Bitschi und Klubobmann Allgäuer, FPÖ, betreffend „Mehr Gerechtigkeit in Vorarlberg – Mindestsicherung NEU rasch umsetzen!“, Beilage 27/2019, behandelt. Abgeordneter Bitschi stellte den Antrag vor und verwies auf den Vorschlag der Bundesregierung, die Mindestsicherung abzuändern. Mit dem vorliegenden Antrag solle sichergestellt werden, dass eine Umsetzung der Mindestsicherung NEU auch in Vorarlberg rasch erfolge.

Klubobmann Frühstück, VP, verwies auf die Verbesserungen hinsichtlich Spenden, Wohnbeihilfe und Heizkosten. Nach den Beschlüssen auf Bundesebene seien die Fristen zu beachten. Er teilte die Zustimmung zum Punkt 1 des Stammantrages mit und brachte einen VP-Abänderungsantrag ein, der wie folgt lautet: „Der zweite Absatz hat wie folgt neu zu lauten: ‚Die Vorarlberger Landesregierung wird ersucht, die Vorgaben aus dem neuen Sozialhilfe-Grundsatzgesetz nach dessen Beschlussfassung in National- und Bundesrat fristgerecht umzusetzen.‘“

Klubobmann Ritsch, SPÖ, teilte die ablehnende Haltung zum FPÖ-Stammantrag und zum VP-Abänderungsantrag mit und brachte einen SPÖ-Abänderungsantrag ein, der wie folgt lautet: „Die Vorarlberger Landesregierung wird aufgefordert, nach Inkrafttreten des Sozialhilfe-Grundsatzgesetzes ein Gesetzesprüfungsverfahren gemäß Artikel 140 Absatz 1 Ziffer 2 B-VG wegen möglicher Verstöße gegen die Österreichische Bundesverfassung einzuleiten.“

Abgeordnete Tomaselli, Die Grünen, sah es als problematisch an, dass ständig neue Regelungen kolportiert werden und sie deshalb keinen Schnellschuss wolle. Sie wolle Verfassungskonformität und stellte einen Vertagungsantrag. Der Vertagungsantrag blieb mit den Stimmen der Grünen in der Minderheit. Landesrätin Wiesflecker, Die Grünen, warnte vor einer Umsetzung der Länder, da dieses stark in die Länder eingreife. Es handle sich um eine Kompetenzüberschreitung des Bundes und es werde eine Verfassungsprüfung geben. Sie verwies zudem auf den einstimmigen Beschluss der Landesfinanzreferentenkonferenz betreffend das Fremden- und Arbeitsmarktwesen.

Klubobmann Frühstück, VP, wies auf die Verpflichtung zur Umsetzung des Gesetzes hin.

Die anschließende Abstimmung ergab folgendes Bild: Der SPÖ-Abänderungsantrag blieb mit den Stimmen der SPÖ und der Grünen in der Minderheit.

Der VP-Abänderungsantrag blieb mit den Stimmen der VP in der Minderheit.

Punkt 1 des FPÖ-Stammantrages wurde mit den Stimmen von VP und FPÖ mehrheitlich angenommen. Punkt 2 des FPÖ-Antrages blieb mit den Stimmen der Freiheitlichen in der Minderheit. Ich bitte den Herrn Präsidenten, die Diskussion zu eröffnen und nachfolgend über die Anträge abstimmen zu lassen.

**LTP Sonderegger:** Dankeschön. Die Diskussion ist eröffnet. Zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Bitschi und in Vorbereitung der Klubobmann Ritsch.

**Bitschi:** Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Landeshauptmann, Hoher Landtag! Nach dem Auslaufen der Bund-Länder-Vereinbarung über die bedarfsorientierte Mindestsicherung mit 31.12.2016 haben die Bundesländer in Österreich teils stark voneinander abweichende Modelle entwickelt. Wir Freiheitlichen haben dabei das Modell der schwarz-grünen Landesregierung in Vorarlberg von Anfang an sehr kritisch gesehen und wiederholt ein gerechteres System auch für Vorarlberg eingefordert. Die Zahlen der schwarz-grünen Mindestsicherung haben unsere Kritik dann auch bestätigt. So sind im vergangenen Jahr 2018 von den Gesamtkosten in Höhe von über 35 Millionen Euro bereits 65 Prozent der Zahlen an Nicht-Österreicher geflossen. Die türkis-blaue Bundesregierung versucht jetzt mit der Reform der Mindestsicherung hin zur Sozialhilfe das, was sie seit Beginn ihrer Regierungsarbeit zum Ziel gesetzt hat, umzusetzen, nämlich, die Zuwanderung in unser Sozialsystem zu reduzieren. Bei der schwarz-grünen Mindestsicherung, und das haben wir ja von Anfang an kritisiert, bekommt in Wahrheit ja jeder Asylberechtigte, der neu bei uns im Land ist, von Anfang an die volle Leistung. Es reicht, wenn man die Integrationsvereinbarung unterzeichnet. Und damit soll jetzt Schluss sein. Damit die Sozialhilfe NEU das wird, was die Mindestsicherung ja immer sein hätte sollen, nämlich ein „Sprungbrett zurück in den Arbeitsmarkt“, erhält man in Zukunft die Sozialhilfe nur, wenn man für den heimischen Arbeitsmarkt auch vermittelbar ist. Und diese Vermittelbarkeit wird automatisch mit dem Pflichtschulabschluss angenommen. Liegt ein solcher nicht vor, müssen in Zukunft entsprechende Sprachkenntnisse nachgewiesen werden. Und wer das nicht kann, erhält dann auch eine um 300 Euro reduzierte Sozialhilfe, kann für diesen Betrag dann aber die Deutschkurse besuchen. Damit wird auch sichergestellt, dass auch diese Personen zuerst einen Beitrag leisten müssen bei uns im Land, bevor sie die Leistungen erhalten. Und das ist in meinen Augen auch mehr als gerecht. Und das ist auch das, was wir bei der Mindestsicherung in Vorarlberg von Anfang an kritisiert haben, weil es das dort so nicht gibt.

Gleichzeitig erleben wir auch, dass viele, speziell kinderreiche Familien, völlig zu Recht beklagen, dass es sich bei der jetzigen Mindestsicherung fast gar nicht mehr auszahlt, arbeiten zu gehen, weil im Endeffekt Viele nicht mehr herausbekommen als jene Familien, die Mindestsicherung beziehen. (Zwischenruf) Es gibt, und das bestätigt auch die Anfragebeantwortung der Soziallandesrätin Wiesflecker, in Vorarlberg 122 Haushalte, die mehr als 2.000 Euro bekommen. Und eine solche Entwicklung, und auch das muss man an dieser Stelle sehr deutlich sagen, ist ja das wahre Gift für die Gesellschaft. Wenn es sich nicht mehr auszahlt, arbeiten zu gehen. Wenn man gleich viel oder mehr bekommt, wenn man

nicht arbeitet, obwohl man arbeiten könnte, dann halte ich das für ungerecht. Ich sage, jemand, der arbeiten geht, muss mehr bekommen als jemand, der nicht arbeiten geht. Und hier schafft die türkis-blaue Bundesregierung also mehr Gerechtigkeit, und zwar nicht nur mit dem Modell der Sozialhilfe NEU, sondern vor allem auch mit den Entlastungsmaßnahmen, wie dem Familienbonus oder der Steuerreform, die in diesem Bereich die arbeitenden Menschen in diesem Land entlasten.

Für uns Freiheitliche ist klar: Es braucht in unserem Land ein ordentliches Netz, das man in Anspruch nehmen kann, wenn man es braucht. Dieses Soziale Netz ist eine der größten Errungenschaften bei uns im Land. Und es ist auch Aufgabe der Politik, dieses Netz zukunftsfähig zu halten und dort anzupassen, wo es notwendig ist. Und genau dafür steht die Reform der Mindestsicherung hin zur Sozialhilfe. Wir Freiheitlichen wollen deshalb, dass auch in Vorarlberg schnellstmöglich das Ausführungsgesetz zum Sozialhilfegrundgesetz erlassen wird und in Kraft treten kann, und dadurch die Mindestsicherungslösung in Vorarlberg abgelöst wird.

Wenn man den öffentlichen Bekundungen, auch der Landes-VP der letzten Wochen, Glauben schenken darf, dann haben sie zumindest in diesem Bereich den Schwenk vollzogen und sehen die Neuregelung der Mindestsicherung der Bundesregierung positiv. Bis vor wenigen Monaten – und ich kann mich an die zahlreichen Debatten auch hier im Landtag erinnern – haben sie ja immer wieder davon gesprochen, dass „das Vorarlberger Modell der Mindestsicherung das Mustermodell für Österreich sein soll“. Von dem sind sie, zum Glück, abgekommen. Nachdem die grüne Soziallandesrätin die Sozialhilfe dann doch sehr scharf kritisiert hat, hat dann leider der Herr Landeshauptmann verkündet, die Neuregelung erst Ende des Jahres angehen zu wollen. So lange wollen wir aber nicht warten! Ich sage, die Vorarlbergerinnen und Vorarlberger haben sich diese Gerechtigkeit so schnell wie möglich verdient. Die neue Sozialhilfe darf von Schwarz-Grün nicht verzögert werden, sondern muss so schnell wie möglich umgesetzt werden. Und hier darf ich schon erinnern, dass es in anderen Bundesländern klappt. Wenn wir beispielsweise nach Oberösterreich schauen, dort wird mit voller Kraft diese neue Sozialhilfe schon in Angriff genommen. Und ich hoffe, dass wir vielleicht doch noch heute die Chance haben, gemeinsam mit der VP den Beschluss zu fassen, dass wir auch in Vorarlberg die Sozialhilfe so schnell wie möglich, und nicht so spät wie möglich, umsetzen.

**LTP Sonderegger:** Danke, Herr Abgeordneter Bitschi. Am Wort ist der Herr Klubobmann Ritsch, in Vorbereitung die Frau Abgeordnete Marte.

**KO Ritsch:** Herr Präsident, Hoher Landtag! Der Abgeordnete Bitschi hat zwar in sehr ruhigen und versöhnlichen Worten versucht, von Gerechtigkeit zu sprechen in Vorarlberg und von einer Reform der Mindestsicherung hin zur Sozialhilfe. Eigentlich ist es eine Offenbarung, eine Offenbarung der Gedanken, wie sie in einem jungen, rechten Freiheitlichen sich wiederfinden. Diese Geschichte als „Reform“ zu bezeichnen und von einer „Gerechtigkeit“ zu sprechen, ist ein wirklicher Hohn auf dem Rücken der Ärmsten der Armen in unserer Gesellschaft. Und ich schäme mich fast dafür, nach Ihnen reden zu müssen.

Vielleicht ein bisschen zur Geschichte, weil es Viele schon vergessen haben: Wir haben im Jahr 2010, nach vielen, vielen politischen Debatten, haben wir es endlich geschafft, die Stigmatisierung der Menschen, die sich geschämt haben dafür, auf ein Amt zu gehen, um

Sozialhilfe anzusuchen, zu beenden, indem wir es geschafft haben, endlich österreichweit einen einheitlichen Standard für die Mindestsicherung einzuführen. Und ich habe viele dieser Menschen gekannt. Die kennen Sie gar nicht, Herr Abgeordneter Bitschi! Ich hab die gekannt als Wohnungsstadtrat, wo ich 15 Jahre war, wie schlimm es für Menschen war, auf ein Amt gehen zu müssen, um Sozialhilfe anzusuchen. Das ist das Letzte, was jemand tun möchte, wenn der nicht mehr weiterweiß und einfach in einer Lebenskrise ist, dass er um Sozialhilfe ansuchen muss. Und ich war richtig stolz damals, dass ich schon im Landtag war und dass wir eine Regierung hatten, wo es gelungen ist, österreichweit endlich davon abzukommen, die Menschen als Sozialhilfeempfänger hinzustellen, und mit dem Titel der Mindestsicherung ihnen das Gefühl zu geben, „das ist das Mindeste, was jemand braucht, damit er in diesem Land überleben kann“. Also, eine Sicherung für das Mindeste, damit man irgendwie über die Runden kommt. Und, weg von diesem Stigma, „das sind die schlechten Menschen; das sind die, die faul sind und die Sozialhilfe empfangen in diesem Staat“. Und wenn wir die Geschichte anschauen, war der Grundgedanke der Mindestsicherung – und das war das eigentlich Gute, was die jetzige Regierung mit Raketen in die Luft sprengt –, der Grundgedanke war, eine verstärkte Bekämpfung der Armut in Österreich. Um das ist es nämlich gegangen: Armut zu bekämpfen; Reintegrationsmaßnahmen in den Arbeitsmarkt voranzutreiben; die Menschen wieder in die Lage zu bringen, zurück in die Arbeit zu kommen. Weil, egal wie arm jemand ist, egal wie schlecht es jemandem geht, am Ende des Tages will jeder, egal, was er für eine Ausbildung hat, er möchte arbeiten. Er möchte sein eigenes Geld verdienen und er möchte mit dem Geld auch überleben können. Das war der Sinn der Mindestsicherung! Dazu kam noch, dass wir gesagt haben, „Gott sei Dank gibt es jetzt endlich einheitliche Standards österreichweit“, und eben die Stigmatisierung, von der ich geredet habe, dass die endlich wekommt.

Zu ein paar Zahlen und Fakten: Im Jahr 2017 haben in Österreich 307.853 Personen Mindestsicherung bezogen, also knapp 308.000 Menschen, davon waren 157.000 Frauen und 150.000 Männer – also 51 Prozent Frauen, 49 Prozent Männer. Der Anteil der Kinder, und das ist ja das Beschämende an einem reichen Land, wie es Österreich ist, lag bei 35 Prozent. Über 100.000 von diesen 300.000 waren Kinder. In einem der reichsten Länder auf dieser Welt sind über 100.000 Kinder von Armut gefährdet und betroffen! 71 Prozent, und das ist das Eigentliche, was mich so stört bei dieser polemischen, untergriffigen Attacke, die die ÖVP tagtäglich führt. 71 Prozent dieser Mindestsicherungsbezieher, also der überwiegend größte Teil, waren Aufstocker. Für die, die nicht wissen, was ‚Aufstocker‘ sind: Das sind Menschen, die haben schon irgendein Einkommen oder eine Pension, und haben aus der Mindestsicherung noch etwas bekommen, dass sie überhaupt auf das Mindestniveau kommen, damit sie überleben können. Also ‚Aufstocker‘, die was getan haben, das sind die ‚Working Poor‘, die haben gearbeitet, teilweise, die sind in Pension, haben halt relativ wenig Pension, weil man den Frauen früher gesagt hat: „Bleibt zuhause bei den Kindern.“ Also ‚Aufstocker‘, 71 Prozent. Und 50 Prozent sind österreichische Staatsbürger damals gewesen, vier Prozent subsidiäre Schutzberechtigte, sieben Prozent EU-Bürger und 27 Prozent Asylberechtigte. Ja natürlich haben wir mehr Asylberechtigte in der Mindestsicherung nach dieser Flüchtlingskrise, die einfach einmal da war. Die kann man auch nicht wegdiskutieren. Aber aufgrund von einer Flüchtlingskrise ein funktionierendes Mindestsicherungssystem sowas von zu zerschlagen, um damit polemische Politik zu machen, ist für mich, bei aller Wertschätzung, die ich den Freiheitlichen auch oft inhaltlich entgegenbringen kann, letztklassig. Die durchschnittliche Höhe der bedarfsorientierten Mindestsicherung lag in Österreich bei 606 Euro. Insgesamt, und das ist die Zahl, die

eigentlich interessant ist, insgesamt im Jahr 2017 waren die gesamten Ausgaben der Mindestsicherung 977 Millionen Euro österreichweit. 977 Millionen, also eine knappe Milliarde, das sind 0,9 Prozent des Sozialbudgets. Eigentlich „nichts“, im Verhältnis zu dem, was wir im Sozialbudget ausgeben. Ein Beitrag, wie gesagt, zur Bekämpfung der Armut. Die Bezieher, und das ist vielleicht auch eine interessante Zahl, über ein Drittel der Bezieher und Bezieherinnen der Mindestsicherung sind Alleinstehende. Über ein Drittel! Fünf Prozent sind Paare ohne Kinder, und Paare mit minderjährigen Kindern sind 33 Prozent, Alleinerziehende mit minderjährigen Kindern ist rund ein Viertel, also knapp 25 Prozent. Jetzt haben wir diese „große Gerechtigkeit“ und diese „große Reform“, hin von einem wirklich funktionierenden System zu einem Sozialhilfe-Grundsatzgesetz. Also ein Rückschritt, meiner Meinung nach, um 30 Jahre zurück in die alte Stigmatisierung. Man geht zurück zur Sozialhilfe. Es werden Maximalhöhen eingeführt. Es wird die Möglichkeit geschaffen, dass die Länder Verschlechterungen durchführen können. In der Mindestsicherung gab es Minimalstandards. – Die sind weg! Es gab auch ein Verschlechterungsverbot. – Das ist weg! Es wird ein „Wettbewerb nach unten“ entstehen, dass sich die Länder noch gegenseitig antreiben: „Wer kann noch weniger den Armen geben? Wer macht es den Armen noch schwieriger in diesem Land?“ Eine Art und Weise, Politik zu machen, die für mich einfach unfassbar ist, in einem Jahr, wo wir Europawahlen haben, wo alle von Gemeinsamkeit reden, dann die Menschen so gegeneinander auszuspielen. Es passiert eine Trennung zwischen Inländern und Ausländern im neuen Sozialhilfegesetz. Das finde ich das Allerabartigste überhaupt an diesem Gesetz, dass es da zu einer massiven Trennung kommt. Und die Regierung redet von einem Einsparungsvolumen von 14 Millionen Euro. 14 Millionen! Von einer Milliarde 14 Millionen Euro Einsparung, für das, dass man ein System zerschlägt, das die letzten Jahre, meiner Meinung nach, sehr gut funktioniert hat. Es gibt kein Ziel mehr in diesem neuen Sozialhilfe-Grundsatzgesetz, dass es um Armutsbekämpfung geht. – Das Ziel ist weg! Integrationspolitische, fremdenpolizeiliche Ziele sollen verfolgt werden. Es soll zehn Prozent weniger Asylberechtigte im Sozialhilfebezug geben. Man streicht aber im Gegenzug die Gelder für die Sprachkurse. Es gibt einen Ausschluss von subsidiär Schutzberechtigten von der Sozialhilfe, nurmehr Leistungen auf Basis der Grundversorgung. Und es gibt, wie gesagt, auch in dieser Frage keinen Spielraum mehr für die Länder.

Im Ausschuss, im Nationalrat, am 15.4., wurde das Sozialhilfe-Grundsatzgesetz mit den Stimmen der ÖVP und der FPÖ beschlossen, gegen massiven Widerstand von Seiten der Oppositionsparteien. Es gab – ich denke, dass sich alle Fraktionen auch informiert haben, wie die Sitzung damals abgelaufen ist –, es gab ein öffentliches Hearing im Rahmen dieser Sitzung, an dem sehr viele renommierte Experten von Seiten der Opposition und auch von Seiten der Regierung benannt wurden. Von Seiten der SPÖ wurden der Professor Walter Pfeil und die Frau Professorin Karin Heitzmann nominiert. Der Herr Professor Pfeil hat eindeutig festgestellt, dass die Regierungsvorlage dem Sachlichkeitsgebot im Bereich der degressiven Kinderstaffelung, der Deckelung des Alleinerzieherbonus oder des Sachleistungsvorranges widerspricht. Er sieht außerdem den Kompetenztatbestand des Armenwesens durch die Ziele des Gesetzes durchbrochen, und daher die Vorlage in diesem Punkt auch verfassungswidrig. Auch das Unionsrecht ist, seiner Meinung nach, durch die Ungleichbehandlung von Asylberechtigten verletzt. Die Frau Professor Heitzmann hat dann auch, eindrucksvoll für unsere Mandatare, festgestellt, wie sich Armut durch dieses Gesetz noch mehr verfestigen wird, und, dass aus armen Kindern später arme Erwachsene, und dann auch wieder arme Eltern werden. Dieser Kreislauf wird durch die Verschärfung im Bereich der Sozialhilfe zu einer neuen Spirale nach unten. Und dann bezeichnet die FPÖ, der

Spitzendkandidat Bitschi, diese Geschichte als „Reform“ und als „Gerechtigkeit“. Nicht sehr verwunderlich, haben natürlich die Experten der Regierungsfractionen das ganz anders dargestellt. Da gibt es dann auch entsprechend viele Unterlagen. Vielleicht spannend war, dass der Experte der FPÖ, das war ein gewisser Doktor Michael Schilchegger. Ich weiß nicht, wer den Herrn Doktor Schilchegger kennt, der war bis vor Kurzem noch Obmann der Burschenschaft Arminia Czernowitz, die gemeinsam mit den Identitären die Villa Hagen in Linz nutzten. So viel zum Thema „Distanzierung der FPÖ zu Identitären“, wenn man den noch als Experten in den wichtigsten Ausschuss, zu einem der wichtigsten Gesetze in Österreich einlädt. Aber das muss die FPÖ selber erklären!

Für mich eigentlich die treffendsten Worte fand der Präsident der Volkshilfe. Und auch, wenn jetzt Viele sagen: „Ja, eh klar“, ist die Volkshilfe jene Organisation für mich, die sich wirklich in Österreich mit Armut beschäftigt, und zwar über Jahrzehnte; ist jene Organisation, denen es darum geht, dass gerade Kinder aus der Armutsfalle herausgeholt werden. Und der Erich Pfenninger hat eigentlich am Tag des Beschlusses in der Sitzung gesagt: „Das Gesetz ist nur eines: Es ist ungerecht und es ist menschenfeindlich.“ Und die Regierung bekennt sich mit diesem Gesetz zu einem neuen Anstieg wahrscheinlich bei der Kinderarmut. Und das ist das Fatale, weil sie eine Abkehr der in Österreich gelebten Zielsetzung ist, die Armut zu bekämpfen. Der jetzigen Regierung, ÖVP und FPÖ, geht es nicht darum, Armut zu bekämpfen, sondern die Armen zu bekämpfen, und zwar noch in einer viel perfideren Art und Weise, dass man noch die Inländer den Ausländern gegenüberstellt und noch einen Keil in diese Gesellschaft hineintreibt. Noch schlimmer finde ich es, wenn man weiß, dass jetzt auch beim neuen Gesetz jedes Kind nicht mehr gleich viel wert ist, sondern eine VP Vorarlberg es zulässt, dass auch diese Hürde bei den Kindern dahingehend geändert wird, dass man für ein Kind 215 Euro bekommt, für das zweite Kind, das ist dann nur noch 130 Euro wert, und jedes weitere Kind ist dann nur noch 43 Euro im Monat wert. Soviel zum Thema „2035 Marke Vorarlberg – Vorarlberg soll das chancenreichste Land für Kinder werden“. Mit diesem Gesetz – und, Herr Landeshauptmann, da spreche ich Sie persönlich an, weil Sie es in der Hand haben, auch dagegen was zu tun – werden viele Vorarlberger Familien, auch migrantischer Herkunft – aber auch das sind, glaube ich, Landesbürger, wo Sie auch froh sind, wenn sie Sie wählen –, einmal mehr weiter in die Armut getrieben. Die Definition von „Höchstätzen statt Mindeststandards“ bedeutet eine extreme Verschlechterung. Es ist ein Rückschritt auf mehreren Ebenen. Wir haben eine klare Haltung dazu, und die haben wir in einem Abänderungsantrag entsprechend auch eingebracht. Wir schließen uns eigentlich der Meinung mehrerer Experten an, weil es waren unter anderem auch die Experten der NEOS und auch der Liste JETZT, eigentlich alle unisono der Meinung, dass dieses Gesetz verfassungswidrig ist. Und, ich denke, es wäre eine gute Chance gewesen, auch für die VP Vorarlberg und den Herrn Landeshauptmann Wallner, der die Familie immer so im Wahlkampf jetzt in den Vordergrund stellt, dass wir gemeinsam ein Gesetzesprüfungsverfahren einleiten, wegen eben dieser möglichen Verstöße gegen die Österreichische Bundesverfassung. Da hätten Sie sich nichts vergeben, Herr Landeshauptmann. Weil, am Ende des Tages hätte dann ein Gericht entschieden, ob es verfassungswidrig ist oder eben nicht verfassungswidrig ist. Und ich sage (Zwischenruf Abg. KO Frühstück: Das machen ja die Wiener!) – Ja, ja, klar, das machen ja die Wiener. Ich weiß! Das ist ja diese Feigheit, die ich Ihnen vorwerfe. (Zwischenruf Abg. KO Frühstück: ... nicht feig ...) In Vorarlberg immer predigen, immer predigen: „Die Familie steht im Mittelpunkt; die Kinder sind uns wichtig.“ Aber wenn es dann darum geht, einmal Haltung zu zeigen und gegen diese rechte Hetze der Bevölkerung aufzustehen. Na ja, das machen ja dann die

Wiener. (Zwischenruf) Da traut man sich nicht, nach vorne hinzustehen und diese Haltung, die Sie schon in vielen Themen auch gesagt haben, Herr Landeshauptmann, dass man sich da traut zu sagen: „Nein, wir haben ein funktionierendes, sehr gutes Mindestsicherungssystem in Österreich, das von vielen, vielen Politikern in Österreich auch wieder herausgezogen wurde“. (Zwischenrufe – Abg. KO Frühstück: Wir haben ja keines in Österreich, Michi! Wir haben kein Mindestsicherungsgesetz in Österreich! Wir haben ein Landesgesetz!) – Herr Klubobmann, Sie können sich ja zu Wort melden und mir die Gesetzwerdung noch einmal erklären. (Zwischenruf Abg. KO Frühstück) Ich weiß schon, dass es eine 15a-Vereinbarung ist. So gut kenne ich mich aus; aber, so gut kenne ich mich aus. (Zwischenruf Abg. KO Frühstück: ... ist auch nicht ...!) – Mah, das ist echt mühsam! (Zwischenruf Abg. KO Frühstück: Ja, du hast Zeit genug, es gibt kein Zeitlimit!) Ja, ja, eh. Also, bitte. (Zwischenrufe – Abg. KO Frühstück: Nein, keine Bitte, wir reden nachher! Das war jetzt nur ein Zwischenruf. – Heiterkeit!) – Ein langer Zwischenruf. Also, wie gesagt, Herr Landeshauptmann; vielleicht war es ein Versuch, mich aus der, vielleicht aus dem Ding zu bringen, weil ich mich jetzt gerade so konzentriert habe auf das. (Zwischenruf Abg. KO Frühstück: Nein!) Aber ich habe es nicht vergessen, ich war immer noch beim Landeshauptmann. (Zwischenrufe) – Nein, mich bringt man nicht so leicht aus der Ruhe. Aber, Herr Landeshauptmann, es ist für mich, und das sage ich Ihnen einfach auch als ein Mann der Tat, der jetzt mittlerweile schon seit 15 Jahren im Landtag sitzt. Jetzt haben Sie mit der – und ich bin ja nicht immer zimperlich mit der Frau Landesrätin Wiesflecker –, aber jetzt haben Sie mit der Landesrätin Wiesflecker eine Landesrätin, die in dieser Frage österreichweit Haltung bewiesen hat, und wirklich sich hervorragend auskennt. (Beifall!) Zwar, leider, leider nicht (Zwischenruf LR Wiesflecker) die Stellungnahme abschicken durfte, die zuerst formuliert war, sondern eine andere Stellungnahme zum Gesetz dann abschicken musste, weil das halt in Vorarlberg so ist. Aber das ist ein anderes Thema. Aber schlussendlich kennt sie sich sehr gut aus und traut sich auch, öffentlich dagegen aufzutreten, und ist Mitglied Ihrer Landesregierung. Und Sie sind immer wieder gelobt worden für das ‚Vorarlberger Modell‘. Und dieses Vorarlberger Modell – ich meine, das hat mich sogar geärgert, dass der Faymann und der Kern immer gesagt haben: „Vorarlberg – super Modell“. Oder, weil hier in Vorarlberg, das ist schon eine Verkürzung. Die haben das Vorarlberger Modell alle gelobt. Und dann lässt der Landeshauptmann, kurz vor ... (Zwischenruf) – Nein, ich habe Sie nicht gelobt, weil das war damals schon eine Kürzung der Standards. Es war damals schon eine Kürzung! Und ich bin der Meinung (Zwischenrufe – LR Wiesflecker), es war eines der Besten, aber eine Kürzung. Und ich bin einfach der Meinung, dass bei den Ärmsten der Armen nicht gekürzt werden sollte. Das ist mein Zugang. Den kann man haben. Den teilen Sie nicht, aber ich habe ihn. Und in dieser Frage, glaube ich, dass Ihnen Haltung fehlt. Weil, kurz vor Landtagswahlen immer wieder davon zu sprechen, wie wichtig Ihnen die Vorarlberger Familien sind, wie wichtig Ihnen die Kinder sind. Und jetzt haben wir, im Mai ist das, glaube ich, diesen Auftakt Marke Vorarlberg, mit einem Riesenevent in der Messehalle, mit Topaufmachung. Das hat natürlich nichts mit den Landtagswahlen zu tun, das ist mir schon klar, das ist rein zufällig jetzt halt im Mai, vier Monate vor den Wahlen. Und dann die Marke Vorarlberg als „chancenreichstes Land 2035 für Kinder“ hinzustellen, und gleichzeitig sich nicht zu trauen zu sagen, „Herr Bundeskanzler Kurz, mit Vorarlberg kommt so ein Gesetz nicht zur Umsetzung!“, das ist einfach schwach. Das ist schwach, wenn man sich immer wieder versucht so hinzustellen, als ob wir die Besten sind im Westen. Und wenn es dann darum geht, wirklich einmal hinzustehen und zu sagen, „nein, hier wird eine Grenze überschritten, da machen wir nicht mit“, da schickt man die Frau Landesrätin Wiesflecker vor, lehnt sich gemütlich zurück und traut sich in dieser Sache nichts zu sagen. Das ist eigentlich erbärmlich – tut mir leid, und

zwar leid um die Menschen, die es betrifft. Wir sind alle in der komfortablen Situation hier herinnen, dass es uns nicht betrifft, dass wir nicht an der Armutsgrenze sind, die meisten unserer Familien eher auch in besseren Situationen sind. Aber, wie gesagt, ich habe sehr viele Menschen, die davon betroffen sind, auch in meinem Umfeld, und auch politisch im Umfeld in Begrenz. Und ich halte es für einen Wahnsinn, dass man denen, denen es eh schon so schlecht geht, es mit so einem Gesetz noch schlechter macht, dass es denen dann in Zukunft noch schlechter geht. Das ist schäbige Politik, und das ärgert mich auch. Und ich kann mich wirklich sehr schwer zusammenreißen. Ich hätte noch ganz andere Sachen sagen wollen, aber man hat mir gesagt, „ich muss ein bisschen brav sein“. (Heiterkeit!)

Wir bringen daher unseren Abänderungsantrag ein zur Beilage 27/2019, wo es uns darum geht, dass die Landesregierung aufgefordert wird, nach Inkrafttreten dieses Gesetzes – und es ist mittlerweile in Kraft getreten – wegen möglicher Verstöße gegen die Österreichische Bundesverfassung einzuleiten. Wir würden uns freuen, wenn es vielleicht doch noch gelingt, dass der eine oder andere Abgeordnete ein bisschen darüber nachdenkt, was er mit dieser Gesetzgebung auch unterstützt. Bei den Freiheitlichen erwarte ich mir nichts. Aber bei Christdemokraten würde ich mir schon erwarten, dass man an seine christliche Ader einmal appelliert und nachdenkt, wie es den Menschen geht.

**Während der Ausführungen des Abg. KO Ritsch übernimmt die LTVP Rüscher um 15.07 Uhr den Vorsitz.**

**LTVP Rüscher:** Vielen Dank, Herr Klubobmann, der Abänderungsantrag ist nochmals eingebracht. Am Wort ist die Frau Abgeordnete Marte, in Vorbereitung die Frau Abgeordnete Schoch.

**Marte:** Sehr geehrte Landtagsvizepräsidentin, Herr Landeshauptmann, liebe Kolleginnen und Kollegen, werte Zuseherinnen und Zuseher! Ich möchte gleich mit einem Beispiel anfangen, und zwar, der Abgeordnete Ritsch hat gesagt: „Wir kürzen bei den Ärmsten der Armen, bei den Familien, bei den Kindern.“ Eine fünfköpfige Familie, mit drei Kindern, die wird in Zukunft 1.640 Euro netto erhalten. Dann kommt noch eine Familienbeihilfe in der Höhe von 630 Euro dazu. Das heißt, die haben im Monat 2.270 Euro zur Verfügung an Mindestsicherung, an Sozialhilfe. Das heißt, es gibt für drei Kinder 1.000 Euro im Monat, und nicht, wie Sie sagen, die 44 Euro, sondern das sind dann über 300 Euro im Monat pro Kind und pro Familie. (Zwischenruf Abg. KO Ritsch: Die Familienbeihilfe kriegt ...) Die Familienbeihilfe muss zum Einkommen dazugerechnet werden beziehungsweise als Familieneinkommen gesehen werden. Und das nur einmal so zum Einstieg, kurz, wenn Sie da immer behaupten, „uns sind die Kinder nicht wichtig und wir kürzen bei den Kindern“. Man muss es schon gesamthaft sehen, das Ganze.

Und jetzt das Gesetz der Mindestsicherung: Wie gesagt, die FPÖ hätte am liebsten schon die Umsetzung. Die Grünen hätten gern eine Verfassungsklage. Und dass die SPÖ keine guten Worte dazu findet, das war uns eigentlich auch klar. (Zwischenruf Abg. Sprickler-Falschlunger: Wieso?) Fakt ist, dass die Länder bis Ende des Jahres Zeit haben mit der Umsetzung. Und man kann sich sicher sein, dass Vorarlberg hier seine Verantwortung natürlich wahrnehmen wird und auch verfassungsrechtlich eine einwandfreie Lösung und eine vollzugstaugliche Lösung finden wird. Und darum ist es mir auch wichtig, im Folgenden einige Punkte zu erwähnen, warum wir diese Position und auch dieses Thema unterstützen

beziehungsweise auch ein bisschen Klarheit in das Ganze zu bringen, weil da manche versuchen, auch Angst zu machen und Hetze zu betreiben. Es war immer schon ein Wunsch nach einer einheitlichen Regelung für Österreich. Außerdem muss der Abstand beziehungsweise eine Vergleichbarkeit sein mit Erwerbseinkommen und der Sozialhilfe. Und, es darf nicht vergessen werden, dass es auch Verbesserungen gibt für Alleinerzieher und Menschen mit einer Beeinträchtigung. Und es handelt sich um ein Grundsatzgesetz, welches natürlich, wie schon erwähnt, vollständig umgesetzt werden muss. Das ist ganz klar. Und beim Armenwesen beziehungsweise bei der Sozialhilfe handelt es sich auch um ein Bundesgesetz. Und die Länder müssen ausführen und vollziehen. Und wie schon erwähnt, ist eine Harmonisierung beziehungsweise eine Harmonisierung der Leistungen zwischen den Bundesländern natürlich wichtig. Denn, es darf keinen Sozialtourismus beziehungsweise soll dem natürlich vorgebeugt werden oder das Ganze auch reduziert werden. Es leben nämlich zum Beispiel 50 Prozent der Mindestsicherungsempfänger in Wien. Wir begrüßen daher auch diese Entwicklung und dass das Ganze auch fortgesetzt werden kann. Es hat in Vorarlberg seit 1.1.2018 ein Modell gegeben, das Vorarlberger Modell zur bedarfsorientierten Mindestsicherung. Und auch hier hätten wir uns als VP schon unterschiedliche, andere Richtsätze vorstellen können. Wie erwähnt, die Harmonisierung war immer Ziel und wir sind hier auch auf einem guten Weg.

Was sehr erfreulich ist, dass der Einwand von Vorarlberg bezüglich der Wohnkosten sich auch im Gesetzesentwurf widerspiegelt. Da haben jetzt die Länder einen Spielraum von bis zu 30 Prozent für die Wohnkosten. Das heißt, es wird damit den unterschiedlichen Lebensverhältnissen in ganz Österreich auch Rechnung getragen sowohl beim Arbeitsmarkt als auch bei den Wohnkosten. Und, es ist Dank zahlreicher Kann-Bestimmungen im neuen Sozialhilfegesetz auch möglich für die Länder, einen Spielraum auch zu haben, was sachgerechte Lösungen auch betrifft. Das Sprachniveau von B1 mit den Zahlungen der Mindestsicherung zu koppeln, ist an und für sich ein positiver Schritt, weil wir wollen schließlich, dass die Menschen sich bei uns integrieren können und auch am öffentlichen Leben und am Arbeitsleben auch teilhaben können. Die deutsche Sprache ist eine Grundvoraussetzung und sie ist ein Schlüssel, damit man arbeitsmarktmäßig und gesellschaftspolitisch überhaupt am Leben, an der Gesellschaft teilhaben kann. Vorarlberg hat auch immer erwähnt, dass B1 natürlich ambitioniert scheint. Wir haben nichts gegen ambitionierte Ziele. Und wenn der Bund auch hält, was er verspricht, und davon gehen wir natürlich auch aus und das fordern wir auch ein, dann ist es so, dass die Abzüge an Förderungen für die Sprachkurse natürlich zweckgewidmet sind. Und der Österreichische Integrationsfonds ist hierfür in der Verantwortung, auch ein passendes Kursangebot, also sprich Sprachkurse, anzubieten, und dann auch umzusetzen und auch zur Verfügung zu stellen.

Zusammenfassend möchte ich sagen: Warum ist das Gesetz für uns gut? – Wie gesagt, die Harmonisierung und auch der Sozialtourismus muss einfach reduziert werden. Es muss ein Vergleich mit dem Erwerbseinkommen und mit dem Familieneinkommen, inklusive Familienbeihilfe, gegeben sein. Und schon im Sinne der Solidarität in einer Gesellschaft ist es wichtig, dass die Sozialhilfe ein Erwerbseinkommen nicht übersteigt. Ansonsten stößt man doch wirklich auf Unverständnis bei uns in der Bevölkerung. Und oberste Prämisse der Mindestsicherung ist mehr Gerechtigkeit. Das Beispiel von der Familie habe ich vorher schon kurz erwähnt. Und da ist es natürlich auch schwierig, wenn man weiß, wieviel dann im Monat zur Verfügung steht an Sozialhilfe, wenn man das zum Beispiel einem Kellner, einer

Tischlerin oder auch einem Schweißer, einem Industriebetrieb erklärt, die 40 Stunden in der Woche arbeiten, dass die finanziert und überhaupt sichergestellt ist von der Sozialhilfe. Wenn man denen dann sagt: „Nein, da bekommt jemand anderes, der nicht arbeitet, mehr.“ Und im Land fällt mir momentan kein Unternehmen spontan ein, welches aufgrund der Anzahl der Kinder den Lohn beziehungsweise den Gehalt zusammenstellt. (Zwischenruf) Und ein Ziel sollte es schon sein, dass es attraktiver ist, im Job zu sein als in der Sozialhilfe. Und an dieser Stelle ist mir besonders wichtig, den Wiedereinsteigerbonus zu erwähnen. Leistung muss und soll angerechnet werden. Wir wollen Mindestsicherungsbezieher unterstützen, wieder am Arbeitsmarkt, am Arbeitsleben auch Fuß zu fassen, und damit einen Schritt gegen soziale Ausgrenzung und zu mehr Wohlstand setzen. Uns ist besonders wichtig, dass die Sozialhilfe als Brückenfunktion, also ein Wiedereinstieg forciert, und natürlich auch mit unseren Partnern, mit unseren Sozialpartnern fördert. Und es ein zutiefst christlich-sozialer Gedanke, die Hilfe zur Selbsthilfe zu unterstützen. Man unterstützt in einer Notsituation, um wieder auf eigene Beine zu kommen. Ziel der neuen Mindestsicherung ist es, dass Leistungen jenen zugutekommen, die tatsächlich auch Hilfe benötigen.

Und ein weiterer wichtiger Punkt wird dahingehend berücksichtigt, dass Alleinerzieherinnen und Alleinerzieher und genauso Menschen mit Behinderung in Zukunft mehr erhalten als bisher. Die genannten Personen sind besonders armutsgefährdet, und es ist gut und auch unsere Pflicht, diese Menschen besonders zu unterstützen. Für Alleinerziehende wird es einen gestaffelten Bonus geben nach Kinderzahl, und damit die Basisleistung erhöht werden, der Mindestsicherung. Und für Menschen mit Behinderung gibt es auch eine verpflichtende Zahlung im Monat von 160 Euro, und es wird somit auch die Basisleistung erhöht werden.

Zum Schluss möchte ich noch mit einigen Verunsicherungen beziehungsweise einige Verunsicherungen klären. Sachleistungen, Spendengelder, die werden nicht miteinberechnet. Also es werden keine Spenden, weder bei Geld- noch bei Sachleistungen, in der Mindestsicherung angerechnet werden. Ich möchte daher unseren Antrag, unseren Abänderungsantrag nochmals einbringen betreffend mehr Gerechtigkeit in Vorarlberg: „Der zweite Absatz hat wie folgt neu zu lauten: ‚Die Vorarlberger Landesregierung wird ersucht, die Vorgaben aus dem neuen Sozialhilfe-Grundsatzgesetz nach dessen Beschlussfassung in National- und Bundesrat fristgerecht umzusetzen.‘ “ Danke!

**LTVP Rüscher:** Vielen Dank, Frau Abgeordnete Marte. Auch dieser Abänderungsantrag ist eingebracht. Am Wort ist die Frau Abgeordnete Schoch, in Vorbereitung der Herr Abgeordnete Matt.

**Schoch:** Frau Vizepräsidentin, Hoher Landtag, sehr geehrte Damen und Herren zuhause! Abgeordneter Bitschi, ich hätte eine Frage: Hatten Sie eine erholsame Mittagspause? Ich hoffe, es hat Ihnen geschmeckt. Ja? Und wieviel haben Sie denn für ein einzelnes Mittagessen ausgegeben – 15, 25 oder 30 Euro? (Zwischenrufe – Fünf Euro in der Kantine.) Ein warmes Mittagessen finanzieren zu können ... Ja, man könnte auch ins Hotel Kreuz gehen, ja. Ein warmes Mittagessen finanzieren zu können ist für uns alle hier im Raum, und auch für unsere Familien, eine Selbstverständlichkeit. Für viele Kinder sieht diese Lebensrealität anders aus. Und selten zeigt sich das Gesicht der Armut so deutlich wie beim Thema Essen. Und selten wirkt etwas im Leben länger nach, wie das Thema „Hunger leiden zu müssen“. Unsere Eltern und Großeltern können sich alle noch daran erinnern, wie es damals nach dem Krieg war als Kind. Wie dieses bohrende Gefühl im Magen sich angefühlt

hat. Aber das, das war damals nach dem Krieg. Wir leben heute in einem reichen Land. Und dennoch, sich das Essen fast nicht mehr leisten zu können, ist für viele Familien in Vorarlberg Realität. Vor allem am Ende des Monats reicht das Budget nicht mehr aus für das Notwendigste. Ohne „Tischlein deck dich“, Sie kennen alle diese Institution, kämen diese Menschen, diese Familien nicht über die Runden. Ohne Mittagstische an Vorarlberger Schulen gäbe es für manches Kind keine warme Mahlzeit am Tag. Und durch die Kürzungen für die Mehr-Kind-Familien wird sich das weiter verschärfen, wenn die Länder beim Lebensunterhalt nicht kompensieren dürfen.

Sie halten das vielleicht alle für übertrieben. – Dann gehen Sie in die Mittelschulen dieses Landes, sprechen Sie mit den Direktoren und hören Sie zu. Ich hatte vor Kurzem die Gelegenheit, ich hatte ein längeres Gespräch mit dem Direktor bei der Preisverleihung zum Gut-Geh-Raum am Campus Schendlingen, und er erzählte genau das: Für viele Kinder an seiner Schule ist der Mittagstisch die einzige warme Mahlzeit, in ausreichender Menge und in guter Qualität an diesem Tag. (Zwischenruf Abg. KO Frühstück) Und die Schule ist sogar so weit, dass sie darüber nachdenkt, einen Kühlschrank anzuschaffen, damit die Kinder am Abend die Reste nachhause nehmen können. Dabei wird der Umweltschutzgedanke in den Fokus geschoben, damit sich die Kinder nicht schämen müssen. Damit die Kinder nicht beschämt werden, wenn sie sich am Abend das Essen mitnehmen und auch für ihre Familie mitdenken. Damit werden die Lebensmittel nicht einfach weggeschmissen, aber es geht vor allem darum, das Kind nicht zu beschämen. Und das, das ist der größte Vorwurf, den ich dieser Bundesregierung mache. Sie drängen diese Kinder nicht nur in Armut, sie beschämen sie zutiefst. Und sie wissen das. Sie rechnen sogar damit, dass genau diese Zielgruppe sich am wenigsten wehren kann und sich auch am wenigsten öffentlich beschweren wird. Wer wird da herausstehen und sagen: „Ich bin arm, ich kann mir das Essen nicht leisten.“? Die Scham lässt die Menschen verstummen. Weil sie sich für ihre Armut schämen, hören sie auf, darüber zu sprechen. Weil sie sich dafür schämen, dass sie keine Einladung zum Kindergeburtstag aussprechen können, so wie andere Kinder, verstummen diese Kinder. Weil sie sich dafür schämen, dass sie ihre Freunde nicht nachhause einladen können, damit niemand sieht, wie armselig es aussieht mit dem wenigen Mobiliar, das sie haben, schämen sich diese Kinder. Weil sie sich schämen, dass nicht einmal das Geld für ein Eis da ist. Ich gehe regelmäßig mit meiner Enkelin an den See-Spielplatz, und der erste Wunsch, der immer kommt, ist: „Oma, krieg ich ein Eis?“ Ein Eis, 1,5 Euro, mit Waffel. Ja, das können sich diese Kinder nicht leisten. Sie können sich das nicht leisten, so wie andere Jugendliche, die alle bei uns an den See gehen wollen. Und Scham bringt die Menschen zum Verstummen. Es bringt diese Kinder zum Verstummen. Es nimmt ihnen von Anfang an ihre kindliche Unbeschwertheit. Und das ist der Vorwurf, den ich dieser Bundesregierung mache. Diese Kinder spüren sehr genau, wie schwierig der Lebensalltag für ihre Eltern ist. Sie spüren sehr genau, wie schwer es für ihre Mutter ist, dass sie normale Wünsche, wie ein Eis oder bestimmte Malfarben für die Schule, nicht finanzieren kann. Sie spüren es sehr genau, dass der Nudeltopf an diesem Tag nicht für alle reicht, dass die Mama sich beim Essen bewusst zurückhält, und die größten Kinder machen es dann nach. Aus Rücksicht auf die kleinen Geschwister wird der eigene Hunger zurückgestellt und wird motzig gesagt: „Ich habe eh keinen Hunger“.

Und die Armutsdebatte – und das ist für mich ein wichtiger persönlicher Punkt, und ich werde das immer und immer wieder in diesem Landtag sagen –, die Armutsdebatte wird meistens am Thema Scham vorbeigeführt, weil wir uns selber dafür schämen, dass wir

Menschen beschämen in diese Richtung. Es geht immer nur darum, was ein Sozialhilfeempfänger von seinem Richtsatz sich leisten kann oder soll. Aber das sind Stellvertreterdiskussionen. Und auch die Armutsforschung hat sich diesem Thema erst die letzten Jahre angenommen. Und, dauernde Beschämung für ein Kind ist dauernd zu erleben im Familienkontext. Wie es der Mama geht, das spürt man. Kinder sind sehr sensitiv, die spüren das alles. Das ist eine große psychische Belastung. Denn Scham ist eine der stärksten und grundlegendsten Emotionen, die Menschen erleben können. Scham ist die Angst der Geringschätzung durch Andere. Und das, Abgeordneter Bitschi, das ist das Gift, das Sie in die Seelen dieser Kinder träufeln. Und was wir derzeit erleben, ist eine Politik der Beschämung. Allein das Gefühl dieser Menschen, nicht mit den Ansprüchen dieser Gesellschaft mithalten zu können, löst Scham aus. Und wenn diesen dann auch noch unterschwellig vermittelt wird, „sie sind selber schuld dran“, dann sind wir am Ende dieser Beschämungsspirale. Scham und Schuld verbindet sich dann zu einem dauerhaften psychischen Druck und macht die Menschen krank.

Abgeordnete Michalke – die Abgeordnete Hosp ist jetzt nicht da. (Zwischenruf Abg. Hosp: Ich bin schon da!) – Okay, gut. Gut, dass Sie das hören. Sie haben im Sozialpolitischen Ausschuss nachgefragt: „Wieso gibt es vermehrt psychisch erkrankte Kinder und Jugendliche?“ Nun, diese Beschämungspolitik von Familien, Kindern, die bereits ganz unten stehen, ist einer der Mitgründe dafür. Die Familien dieser Kinder werden angeprangert und bloßgestellt, obwohl sie keine Täter sind, sondern in den allermeisten Fällen Opfer unseres Systems. Opfer von gesellschaftlichen Modernisierungskrisen, die sich in persönlichen Krisen manifestieren. Diese Gesundheitskosten für diese Beschämungspolitik sind hoch. Aber noch tauchen sie in keiner Bilanz auf. Ich möchte hier nochmals festhalten: Eine Politik, die sich davon löst, Kinderarmut zu verhindern; eine Politik, die Beschämung von Kindern einfach zur Kenntnis nimmt, zeigt ein grundsätzliches Versagen. Arme Kinder – das haben wir jetzt schon gehört, aber ich möchte es noch einmal wiederholen –, arme Kinder werden arme Erwachsene, werden arme Eltern, werden arme Pensionistinnen. Es läge an uns als Politik, diesen Kreislauf für diese Kinder zu durchbrechen. Das wäre unsere Verantwortung. Und wir können dies tun. Wir können dies im Land mitgestalten. Und, es nicht zu tun, wird jeder und jede in diesem Raum verantworten müssen. „Hilfe zur Selbsthilfe“ bedeutet im Sinne dieser Bundesregierung, einem Ertrinkenden einen Schwimmkurs anzubieten statt ihm einen Rettungsring zuzuwerfen.

**LTVP Rüscher:** Danke, Frau Abgeordnete Schoch. Am Wort ist der Herr Abgeordnete Matt, in Vorbereitung die Frau Abgeordnete Sprickler-Falschlunger.

**Matt:** Sehr geehrte Frau Vizepräsidentin, Hohes Haus, verehrte Gäste! Vor mehr als einem Jahr hat die Regierung eine Neuregelung der Mindestsicherung für Juni 2018 angekündigt. Im April 2019 hat das Parlament das ewig angekündigte Grundsatzgesetz auch wirklich beschlossen. Wir im Land haben noch ein wenig Zeit, dies auch umzusetzen. Ein Jahr lang haben wir dieselbe schrille Begleitmusik gehört. Es ging immer nur um die – unter Anführungszeichen – „bösen“ Ausländerfamilien mit den vielen Kindern. „Die bekommen so viel Geld.“ Eine einjährige mediale Kampagne der Regierung, ausschließlich um Feindseligkeiten Ausländerfamilien gegenüber aufzubauen. Wenn man aber einen evidenzbasierten Zugang wählt und sich die Mindestsicherung genau ansieht, erkennt man eines: Die schrille Begleitmusik der Bundesregierung ist ausschließlich Ablenkung. Eine

Ablenkung von den eigentlichen Problemen und eigentlich notwendigen Maßnahmen in der Mindestsicherung.

Ja, auch wir wollen eine österreichweite Regelung. Deshalb möchte ich, an dieser Stelle nicht zum ersten Mal, festhalten, dass wir das Vorarlberger Modell für vernünftig halten und dieses daher auch unterstützen. NEOS wollen, dass die Menschen ihr Leben selbst in die Hand nehmen können. Eine einzige auszahlende Stelle, bei der die Sozialleistung beantragt wird, sorgt für transparente Regeln und eine möglichst einfache unbürokratische Beantragung. Es sollen nicht jene bevorzugt werden, die im Behördenschwung den besten Durchblick bewahren. Wir fordern gleiche Regeln für alle, die das Bürgergeld in Anspruch nehmen. Anstatt ein Jahr lang, wie angekündigt, die Sozialhilfereform in Form einer Anti-Ausländerkampagne zu vermarkten, sollte sich die Regierung einmal den großen Themen zuwenden, nämlich eben gerade auch in der Mindestsicherung. Wir sollten uns darauf zurückbesinnen, was eigentlich die Idee der Mindestsicherung ist: Sie ist gedacht als Unterstützung für Menschen in Not. Sie ist das letzte soziale Netz, und darum ist sie auch unverzichtbar für eine funktionierende solidarische Gesellschaft. Ich glaube, dass dieses Netz halten soll und dass es nachhaltig für jene da sein soll, die es tatsächlich brauchen. Darin sind wir uns hoffentlich alle einig. Genau darum müssen wir die Mindestsicherung auch so gestalten, dass die Menschen am Ende des Tages die Möglichkeit haben, dass sie wieder auf eigene Beine kommen können und wieder zurück in die Beschäftigung kommen können. Vermutlich will niemand vom Staat abhängig sein.

Wenn man sich jedoch die Bezieher-Gruppen der Mindestsicherung wirklich anschaut, bilden die Alleinerzieherinnen die allergrößte Gruppe. Die zweitgrößte Gruppe sind Alleinerziehende mit einem Kind. Wir müssen endlich weg von dieser Neiddebatte. Die teilweise hohen Summen, die immer wieder genannt werden, die natürlich in der Mindestsicherung an große Familien ausbezahlt werden, die machen zurecht wütend. Aber auch dafür gibt es eine sehr einfache Lösung, die heißt nämlich, „Sachleistung vor Geldleistung“. Wir wollen einen klaren Fokus auf Sachleistungen. Rund 50 Prozent der gesamten Mindestsicherung sollte, aus unserer Sicht, als Sachleistung erbracht werden. Damit könnte aber eben auch verhindert werden, dass große Teile der Mindestsicherung in die Heimatländer der Bezieher von ausländischer Herkunft überwiesen werden, was offensichtlich leider öfters der Fall ist. Was menschlich durchaus verständlich ist, liegt aber eben nicht im Sinne dieser steuerfinanzierten Sozialleistung und darf daher auch nicht unterstützt werden. Sachleistungen sind auch am besten geeignet, um die Grundversorgung – um die geht es ja schließlich in der Mindestsicherung –, um die Grundversorgung sicherzustellen. Nicht zuletzt um sicherzustellen, dass die Leistung wirklich dort ankommt, wo sie hingehört, etwa bei den Kindern. In Vorarlberg machen Haushalte mit einem Bezug über 1.500 Euro rund zehn Prozent aus. Wie man die Mindestsicherung besser gestalten kann, hängt damit nicht in erster Linie von dieser Frage ab. Es ist zynisch, dass die Regierung in ihrem System Deutschkenntnisse einfordert, gleichzeitig aber Mittel für Deutschkurse streicht. Es geht hier offensichtlich nicht darum, tatsächlich etwas für bessere Integration zu tun.

Spannend ist auch, dass die FPÖ offenbar mit allen Mitteln verhindern will, dass Asylberechtigte den Sprung in den Arbeitsmarkt schaffen und auf eigenen Beinen stehen. Würde man Asylwerbern einen effektiven Arbeitsmarkt ermöglichen oder es erlauben, eine Lehre machen zu können, wäre vielen geholfen. Sie könnten schon früher den Sprung ins

Erwerbsleben schaffen und wären nicht in einem positiven Asylbescheid anfangs oft auf die Mindestsicherung angewiesen. Daher appelliere ich hier eindringlich an die ganze Landesregierung, den Vorarlberger Weg nicht zu verlassen. Es geht darum, Leistung zu honorieren. Dafür muss man es aber auch ermöglichen, dass diese Menschen etwas leisten dürfen. Setzen wir uns gemeinsam für die Fortführung des Vorarlberger Modells ein. Vielen Dank!

**LTVP Rüscher:** Danke, Herr Abgeordneter Matt. Am Wort ist die Frau Abgeordnete Sprickler-Falschlunger, in Vorbereitung der Herr Klubobmann Frühstück.

**Sprickler-Falschlunger:** Frau Vizepräsidentin, Hoher Landtag! Ich mache da schnell den Laptop noch. Wie soll man die Debatte beginnen? Am besten bleibt man bei der Haltung, die man hat. Was mich, als Erstes, verwundert, ist nicht die Aussage des Abgeordneten Bitschi. Das verwundert mich überhaupt nicht. Das ist die Haltung der FPÖ, die durchgängig, also vollkommen durchgängig vermitteln will, „das sind vorwiegend Ausländer“. Das wird auch immer beschrieben, wie viel Ausländer das sind. Es sind natürlich auch EU-Staatsbürger, wie Deutsche zum Beispiel. – Das ist das Erste.

Und das Zweite ist: Wer nicht arbeitet oder Mindestsicherung bezieht – wir haben ja gehört und wissen, dass ein großer Teil Aufstocker sind oder Aufstockerinnen muss man vielleicht eher sagen. Das sind also keineswegs Menschen, die faul zuhause liegen, sondern das sind Menschen, die, ich sage Ihnen ein Beispiel einer Alleinerzieherin mit drei Kindern, die versuchen, ihren Alltag zu meistern. Jetzt gehe ich gar nicht darauf ein, dass die VP sehr lange, oder immer noch, und die FPÖ vertreten hat, dass eine Frau mit drei Kindern eigentlich besser zuhause aufgehoben wäre, wenn sie drei Kinder hat, was de facto auch in der Realität so aussieht, wenn die Kinder nicht sehr alt sind.

Und, was mich aber wahnsinnig wundert, jetzt komme ich einmal zur FPÖ: Mich wundert die Nicole Hosp. Und mich trennen wahrscheinlich in vielen Bereichen ideologische Welten. Das ist so und das kann ich auch gut akzeptieren. Was mich aber sehr wundert – und ich denke mir das so oft bei den Debatten. Sie haben jetzt gerade wieder eine Anfrage gestellt zum Kinderbetreuungsgeld et cetera. Die Sorge um die Familien und um die Kinder, Frau Hosp, die Sie ständig äußern. Ja, bezieht sich das auf alle Kinder? Das ist wirklich meine Frage! Bezieht sich das auf alle Kinder oder kann man die Kinder trennen, in solche Kinder von Mindestsicherungsbezieherinnen, von Ausländern, von solchen, die Eltern haben, die kein B1 haben? Trennt man die Kinder? Da wäre ich froh, wenn Sie einmal etwas dazu sagen würden. Für mich sind Kinder Kinder. Und kein Kind – man muss das immer wieder sagen – kein Kind! – und, lesen Sie dazu die Biografie von Reinhold Mitterlehner, ich meine das gar nicht zynisch. Der schreibt etwas ganz richtig: Es ist, erstens, ganz wichtig, in welche Familie man hineingeboren wird; und zweitens, viel, viel Glück im Leben; viele Zufälle, Lehrer, Bekannte et cetera, dass man einen kontinuierlichen beruflichen Weg schafft. Und nur ein kleiner Teil davon, ein kleiner Teil – das beziehe ich auch auf mich –, ein kleiner Teil davon ist das, was wir selber leisten. Das beziehe ich auf mich als Kind aus einer Arbeiterfamilie. Ich glaube, dass ich viel Glück gehabt habe, viel Glück, und wenig dazu selber vollbracht habe. (Zwischenruf Abg. KO Frühstück: Das stimmt nicht. Enorme Leistung erbracht!) Ja, aber ich habe trotzdem, ich weiß, das hätte völlig anders laufen können, wären meine Eltern nicht, trotz Armut, bildungsorientiert gewesen. Hätte es nicht die, wie viele sagen, übrigens auch Reinhold Mitterlehner, wäre ich nicht in eine Zeit hineingeboren worden – das sagt der

Gebhard Greber auch immer –, in die Zeit – jetzt ist leider der Herr Fässler nicht da. Aber das hat was gemacht, diese Bildungsreformen damals, mit Kindern aus armen Familien. Die Schulbücher, eine freie Schulfahrt, das hat etwas gemacht. Und das Bewusstsein, in einer Zeit geboren zu werden, wo man sagt: „Auch wenn du ein Arbeiterkind bist, wir wünschen uns, dass du ins Gymnasium gehst, wenn du das schaffst.“ (Zwischenruf Abg. KO Frühstück: Jetzt haben wir noch eine viel bessere Durchlässigkeit!)

Und jetzt komme ich zum Thema. Also, Frau Hosp, ich bin jedes Mal wirklich ratlos, wenn ich Sie reden höre. Ich wäre echt froh, wenn Sie mir einmal erklären, wieso das Kind, das zweite Kind einer Mindestsicherungsbezieherin pro Tag 4,50 Euro bekommt und das dritte Kind 1,50 Euro pro Tag wert ist. 1,50 Euro pro Tag! Ja, schütteln Sie nicht den Kopf. Seien Sie doch nicht so weltfremd! Wo leben Sie? – Schauen Sie sich einmal die Leute ... Nein, wo leben Sie? Gehen Sie einmal irgendwohin, wo arme Leute leben. Die gibt es! Die sind nicht am Leutbühel im Café. Die gibt es irgendwo. Einmal mit der Lebensrealität der Menschen auseinandersetzen. Das ist natürlich nicht die Realität von uns und schon gar nicht von vielen. Aber die gibt es in Österreich. Ja, die gibt es auch in Vorarlberg. Und da herausstehen und irgendwelche Floskeln herunterbeten, ohne dass es einem wirklich um die Menschen geht. Ich kenne solche Leute, 30 Jahre kenne ich solche Leute. Und ich verstehe auch nicht, wieso jemand, wenn er nicht gut Deutsch spricht, weniger zum Essen braucht. Das verstehe ich nicht, das sage ich ganz ehrlich, das verstehe ich nicht! Vielleicht kann einer auch nicht so gut Deutsch oder nicht gut Schreiben von Ihnen, dann kann man was vom Lohn abziehen. Ich verstehe das alles nicht! Und ich weigere mich, da herauszukommen und so zu tun. Na, jetzt führen wir einmal keine emotionale Debatte. Für mich ist das alles emotional, wenn man Kinder in die Armut schickt, die nichts dafür können, dass der Papa nicht einen feinen Job gehabt hat und die Mama daheim war und einem ein feiner Lebensweg geebnet worden ist. Keiner von uns da herinnen weiß wirklich, was Armut bedeutet. Vielleicht die Älteren noch. (Zwischenruf Abg. Michalke: Hast du eine Ahnung!) – Ja, ja. Also, bitte still sein! (Zwischenruf Abg. Michalke)

Und jetzt komme ich zu den Alleinerzieherinnen. Ich würde mich schämen, ich würde mich schämen, so ein (Zwischenruf Abg. Michalke: Du hast keine Ahnung, wo die Menschen, die hier herinnen sitzen, herkommen. Also das ist einfach eine Unterstellung!) – Woll, leider, leider schon bei Manchen. (Zwischenrufe – Abg. Michalke: Nein, du weißt nicht, wo ich herkomme. – Vorsitzender LTP Sonderegger: Bitte, ich habe es heute schon öfters gesagt, bitte keine Zwiegespräche zu führen. Frau Abgeordnete, Sie können sich, bei allem Verständnis, Sie können sich zu Wort melden. – Abg. Michalke: Das tue ich auch noch.) Das ist die übliche Taktik der FPÖ: Man redet über wirklich Skandalöses, und man hängt sich dann an einem Satz auf, den man dann ständig weiterdiskutiert. Wenn man etwas Braunes gepostet hat, dann findet man den siebten Zwerg von links irgendwo, über den man dann reden kann. Das ist das – ich weiß nicht, ob Sie ... (Zwischenruf Abg. Michalke) woll, das ist es. Und jetzt sage ich Ihnen noch etwas zu den Alleinerzieherinnen. Was das heißt, Alleinerzieherin zu sein, wenn man putzen geht. Ich kenne viele solche Frauen, die putzen an der FH, vier Stunden am Tag, sind Alleinerzieherinnen mit drei Kindern, sind Aufstockerinnen. Denen wollen Sie das Geld jetzt kürzen für die Kinder? (Zwischenruf: Sozialhilfe!) Ja, natürlich tun Sie das. Natürlich! Dann, Entschuldigung, dann kommen Sie heraus und erklären Sie das noch einmal, dann reden wir weiter.

Und jetzt zeige ich Ihnen noch ein Beispiel, denn mit dem werden Sie sicher kommen: Die Alleinerzieherinnen verlieren trotz des Alleinerzieherinnenbonus, und das ist ein Beispiel, ausgerechnet von der Diakonie: Alleinerzieherin, drei Kinder, vier, sieben und neun Jahre alt, teilzeitbeschäftigte Handelsangestellte, 850 Euro netto im Monat, 450 Unterhaltsleistung für ihre Kinder, 3-Zimmer-Wohnung 900 Euro, 150 Euro Heizung/Strom. Bisher hat Miriam K. eine monatliche Aufstockung durch die Mindestsicherung, inklusive Wohnbedarfshilfe, von insgesamt 782 Euro erhalten. Und mit der Neuregelung, trotz Alleinerzieherbonus, verkürzt sich diese Unterstützung auf 486 Euro. Jetzt kann jeder herauskommen, gerne auch die Sozialsprecherin der VP, und der Diakonie, mit mir können Sie ein Mail schreiben, „dass Sie etwas Falsches online gestellt haben, dass die Berechnung nicht stimmt“. Und das ist der Skandal. Das ist der Skandal! Und gehen, gehen tut es überhaupt nicht ums Geld! Das weiß jeder. Also jeder, der ein Minimum an politischem Verstand hat, weiß, dass es bei dem null ums Geld geht. Das Einzige, um was es geht, ist um ein ‚Bashing von Ausländern und Flüchtlingen‘. Das ist der Punkt und sonst gar nichts! Weil, um diesen Betrag ändert man nicht das Gesetz. Dankeschön!

**Während der Ausführungen der Abg. Sprickler-Falschlunger übernimmt der LTP Sonderegger um 15.53 Uhr den Vorsitz.**

**LTP Sonderegger:** Danke, Frau Abgeordnete Sprickler-Falschlunger. Am Wort ist der Herr Klubobmann Frühstück.

**KO Frühstück:** Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Zuerst einmal ein herzliches Dankeschön bis jetzt, dass wir es versuchen, weil es so ein Thema ist, wie es ist, halbwegs die Emotionen hintanzuhalten. Ich fange bei Ihnen an, Frau Kollegin Sprickler-Falschlunger, Sie haben in vielen Dingen, in den Bildern, die Sie mir zeichnen, Recht; aber nicht, wenn es direkt um das Sozialhilfegesetz geht, aus meiner Sicht. Weil, Sie sehen diese Aufstiegschancen aus meiner Sicht richtig. Die Bildung – ich komme selber aus dem zweiten Bildungsweg und habe die Handelsakademie für Berufstätige gemacht. Ich bin sehr froh, dass es diese Chance gegeben hat, damals. Aber das ist heute natürlich um Klassen leichter, um Klassen besser, um Klassen einfacher. Heute haben wir eine Durchlässigkeit, die ist nicht vergleichbar mit der Zeit, als wir damals versucht haben, die Matura zu machen.

Das stimmt schon, wir haben die anderen Dinge mit der Alleinerzieherin mit drei Kindern und ich komme nachher zum Kompromiss. Die Alleinerzieherin mit drei Kindern kriegt mit dem Neuen Sozialhilfegesetz mehr Familieneinkommen als sie mit dem Vorarlberger Modell – das habe ich ganz genau berechnet – bekommt. Und, wir können die 30 Prozent – und da haben wir ja dazu gekämpft –, die 30 Prozent zweckgewidmet beim Wohnen noch dazutun. Wenn nach dem Vorarlberger Modell etwas gefehlt hat bei der Wohnung, hat sie es vom Lebensunterhalt bezahlen müssen. Das ist jetzt nicht mehr der Fall! Der Lebensunterhalt bleibt unangetastet, wenn sie für das Wohnen mehr bekommt. (Zwischenruf Abg. Schoch) Wir können dann 30 Prozent beim Wohnen draufgeben. Und der Statthalter hat die Möglichkeit, im Bereich der Wohnbeihilfe, in seinem Bereich, noch einmal – weil das nicht am Anfang war; am Anfang war die Wohnbeihilfe so gedacht, dass sie nicht da eingesetzt werden kann; jetzt kann man die Wohnbeihilfe noch einmal dazutun. Ich sage Ihnen noch etwas, Frau Sprickler-Falschlunger: Wenn Weißware zum Beispiel ein Problem war, mit einem Eisschrank oder so etwas, dann war das jetzt, mit unserem Kompromiss, nicht einfach. Das ist jetzt möglich. „Spenden“ hat meine Kollegin schon erwähnt. Da gibt’s, es gibt

Möglichkeiten, dass man hier etwas erreicht. Und ich finde es einen derartigen Untergriff, auch wenn man die Bundessendungen jetzt alle anschaut, wenn man anfängt, Kinder mit ein Euro, zwei Euro, 3,5 Euro, in irgendeiner Form zu rechnen. Also, ich sage Ihnen eines: Ich glaube, auf der ganzen Welt, dass eine normale, eine anständige Familie ... (Zwischenruf Abg. Schoch) – Sie haben es nicht gemacht! Egal, wer es macht, da gibt es ein Familieneinkommen. Und ich verzichte vorher auf irgendetwas, bevor ich meinem vierten, fünften oder sechsten Kind vorrechne innerhalb der Familie, dass es nur 1,5 Euro wert ist. Wir, bei uns heißt es so: Eine Familie hat ein Familieneinkommen, und wir versuchen mit diesem Familieneinkommen, dass wir durchkommen. Und wenn es am Ende des Monats – und das glaube ich schon, dass solche Dinge möglich sind, auch bei uns –, wenn das der Fall ist, dann werden wir uns alle – alle, die Familienmitglieder sind – auch entsprechend weniger leisten können. Für mich ist das ganz dramatisch, wenn man hier beginnt, das so zu spielen.

Kollegin Schoch, Sie haben auch Bilder gezeichnet, die tun jedem da herinnen weh. Das stimmt. Mit Mittagessen oder solchen Dingen zu vergleichen, „was hat mich der Anzug gekostet, zum Beispiel; was haben mich meine Schuhe gekostet?“ Ich meine, wenn wir solche Dinge diskutieren; aber dann bin ich halt ... Sie sind Landtagsabgeordnete und Vizebürgermeisterin, ja. Aber es gibt halt Menschen, die sind in Sorge und leben in Sorge. Und denen wollen wir helfen. (Zwischenruf Abg. Schoch: Indem man kürzt, hilft man?!)  
Denen wollen wir helfen.

Ich lasse es bei Migranten, die nicht B1-fähig sind, gelten, dass es extrem hart ist. Und ich habe das auch schon auf Bundesebene gesagt, öfters gesagt. Und ich glaube, ich bin nicht sicher, ob das hält. Aber, viele andere Bereiche, oder fast alle anderen Bereiche in diesem neuen Gesetz sind so, dass ich sie mittragen kann. Und wir haben es ja miteinander verhandelt, das Vorarlberger Modell. Und ich kann dieses neue Gesetz in weiten Teilen mittragen. (Zwischenruf Abg. Schoch: Dann gehen wir zusammen ...) In manchen Teilen ist es auch für die Familien leichter.

Ich sage Ihnen auch noch ein Zweites, damit Sie uns ein bisschen verstehen – aber Sie wissen es eh schon. Das grün-schwarze Kompromiss-Landesgesetz, zu dem ich immer noch stehe – ich habe es mitverhandelt (Zwischenruf Abg. Schoch) – Moment! – war ein Kompromiss. Der Adi Gross ist da herinnen gestanden und hat gesagt: „Das hätte mehr sein sollen, aus unserer Sicht.“ Und ich bin hier herinnen gestanden und habe gesagt: „Wenn es ein Bundesgesetz gibt, dann werden wir uns hinsetzen, und wir sind eher für ein Bundesgesetz“, von Anfang an. Wenn es um die Kinderrichtsätze geht, dann glauben wir, dass wir in diesem Kompromiss uns extrem weit hinauslehnen mussten. Und wenn das angezogen wird, diese Schraube, sind wir dabei.

Ich sage Ihnen nämlich noch etwas: Sie haben vorhin dieses Beispiel mit den Mittelschulen gebracht. Gehen Sie einmal zu Bürgermeisterern und fragen Sie einmal – die kriegen nämlich diese Bescheide –, wie die sich dann fühlen und wie sie dann am Stammtisch draußen reden müssen, wenn sie einen Mindestsicherungsbezieher, eine Familie haben mit sieben Kindern und was da am Ende unten dortsteht. (Zwischenruf Abg. Schoch) Ich könnte Ihnen die Zahl nennen. Ich könnte Ihnen die Zahl nennen! Wenn sie diese Zahl unten lesen, dann werden drei Viertel aller Vorarlbergerinnen und Vorarlberger sagen: „Das ist nicht gerecht!“ (Zwischenruf Abg. Schoch) Und deswegen, glaube ich, dass wir hier sauber sein müssen.

Kollege Ritsch, ich bin froh (Heiterkeit des Abg. KO Frühstück), ich muss es ehrlich sagen, dass Ihnen irgendjemand gesagt hat, „Sie sollen brav sein“. Sie waren trotzdem sehr deutlich. Sie wissen es, das ist ein Landesgesetz. Es ist keine 15a-Vereinbarung. Es ist schon, auf keinen Fall ... (Zwischenruf) – Nein, nein, das, was jetzt vorliegt. Das, was wir jetzt leben, ist ein Landesgesetz. Das meine ich. Und, wir haben jetzt das Vorarlberger Modell gemacht. Bei der Marke haben Sie gesagt, „was wir jetzt da für einen Zirkus aufführen“. Jetzt muss ich Ihnen schon zurückspielen, den Ball: Wir haben sehr konstruktiv und offen versucht, und transparent, das Thema Marke ganz wegzulassen, und zwar vom Februar weg bis nach der Wahl. Sie waren entscheidend, und Sie haben gesagt, „Sie wollen das nicht und Sie werden das nicht mittragen“. Ja, und jetzt ist es halt Thema. (Zwischenruf) Das, „warum denn nicht?“ Sie haben gesagt, „das soll man nicht tun“.

Ich möchte noch ein paar Gedanken – weil meine Kollegin das sensationell gezeigt hat. Ich gratuliere dir übrigens zu deiner Erstlingsrede, die war wirklich gut. Aber diese ganze Zeit, die wir jetzt mit diesem Thema zu tun hatten, hat auch ein paar andere Facetten noch gehabt. Ich habe das schon erwähnt mit den Kinderrichtsätzen und mit dem Bundesgesetz versus der intensiven Verhandlungen mit unserem Regierungspartner. Wir haben das eben gelebt und wir leben das. Darum, meine Damen und Herren, werden wir uns auch die Zeit nehmen. Und das sage ich auch ganz deutlich: Und wir wollen uns die Zeit nehmen und wollen prüfen, „was können wir im Land da noch tun, um die Möglichkeiten, die wir haben, auch richtig einzusetzen?“. Das wird wieder ein Thema sein, wo wir einen Kompromiss – hoffentlich – finden und suchen. Und das hat nichts mit Verschleppung oder sonst irgendetwas zu tun. Das Ganze muss noch in den Bundesrat und da werden wir gewisse Fristen brauchen.

Dieses Gesetz – weil man uns das vorgeworfen hat – ist ein Grundsatzgesetz, das umzusetzen ist. Da haben uns unsere Regierungspartner auch am Anfang, da haben sie das nicht richtig gesehen oder nicht ganz klar gesehen. „Wir müssen umsetzen!“ Aber, und dafür haben wir extrem gekämpft, dafür, wir haben auch versucht, Spielräume hineinzuarbeiten. Diese Spielräume sind – um sie einmal anzusprechen – beim Wohnen jetzt diese 30 Prozent, die ganz sicher die westlichen Länder; aber fürs Wohnen; wir haben zuerst versucht, hier fürs Ganze herzubekommen. Aber jetzt ist es halt drinnen im Bereich des Wohnens und muss dafür hergehalten werden. Es geht um den Strom, bitte. Im jetzigen Gesetz ist der Strom beim Wohnen dabei. Das ist jetzt nicht mehr notwendig! Es geht um die Weißware – habe ich schon erwähnt. Es geht um die Heizkostenzuschussdiskussion, die nicht da war. Diese Dinge wurden, sind im jetzigen Gesetz beim Lebensunterhalt zu verwenden, sind dann ins, kann, können theoretisch dann ins Wohnen hineingerechnet werden. Wir haben den Wiedereinsteigerbonus, glaube ich, den darf man nicht vergessen. Das ist für mich ein unglaubliches Sprungbrett, den man richtig einschätzen muss. Und, ich habe es schon gesagt, Spenden und Wohnbeihilfen.

Wenn man uns vorwirft, dass wir das Christlich-Soziale – das hat der Michael Ritsch schon einmal gesagt – vernachlässigen, dann habe ich jetzt versucht, das ein bisschen wieder klarzustellen. Aber eines ist schon klar: Wir müssen immer wieder sagen, „die Sozialhilfe ist nicht für alle möglich, ein Sprungbrett, aber sie ist für viele ein Sprungbrett“. Michael Ritsch, bitte, du meinst das gut und ich respektiere – „schätze“ ist vielleicht ein bisschen zu viel –, aber ich respektiere deinen unglaublichen Einsatz. Ich kenne dich schon sehr lang. Aber es gibt halt auch etliche Menschen, die nicht arbeiten wollen. Es gibt Viele, die nicht arbeiten

können. Aber es gibt auch solche, die nicht arbeiten wollen. Und ich bitte einmal alle hier herinnen, in Europa auf den Weg zu gehen. Wenn Sie sich anschauen, bringen Sie mir drei Länder, wo die Sozialleistungen besser sind als in Österreich. Die letzten Wochen – wer ein bisschen, kreuz und quer, wer ein bisschen Report geschaut hat und das Ganze sich einmal angeschaut hat. Dann hat man immer wieder gesehen: Deutschland hat vier. Wollen wir tauschen? Schweiz, gehen Sie hinüber. – Wollen wir tauschen im Sozialbereich? Das sind keine armen Länder. Gestern, Griechenland, unglaublich. Wir haben eine Diskussion gehabt mit einem italienischen Studienkollegen, der gesagt hat: „In Rom werden die Flüchtlinge aus dem Zug hinausgelassen“, und dann seid ihr draußen. Fertig! Und Sozialleistungen danach: 150 Kilometer – gerade durchgesetzt! –, 150 Kilometer zumutbar, dass du den Job annehmen musst von deinem Heimatort weg, oder die Sozialleistungen werden um 50 Prozent gestrichen. – 50 Prozent, Italien – EU, seit Anfang an! Also da gibt es einfach ganz wichtige Dinge, die wir miterkennen müssen. (Zwischenruf Abg. Schoch)

Meine Damen und Herren von der FPÖ, wir werden, das ist klar, keinen Schnellschuss machen. Wir nehmen uns die notwendige Zeit – das habe ich erwähnt. Und am Schluss möchte ich noch eines sagen, und dazu stehe ich schon: Sprache und Geldleistungen zu verknüpfen, finde ich richtig. Wir haben den Fehler bei vielen anderen Bewegungen, wo Menschen in den letzten dreißig, vierzig Jahren zu uns gekommen sind und dageblieben sind, haben wir falsch gemacht. Aber, und das sage ich persönlich für mich auch, B1 und 300 Euro sind überschießend. Nur, das ist jetzt halt da drinnen. Und, ich erwarte mir zumindest, ich erwarte mir zumindest, dass die Deutschkurse in bester Qualität und ausreichend möglich sind, damit die Menschen, die jetzt diese Situation haben, schnell aus dieser Situation herauskommen.

Und ganz zum Schluss, noch einmal: Arbeitseinkommen muss sich auszahlen. Und die Sozialhilfe soll das sein, für das sie gedacht ist, nämlich eine Hilfe und hoffentlich auch in vielen Bereichen ein Sprungbrett. Danke!

**LTP Sonderegger:** Danke, Herr Klubobmann. Am Wort ist die Frau Landesrätin Wiesflecker, in Vorbereitung die Frau Abgeordnete Scheffknecht.

**LR Wiesflecker:** Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag, werte Zuhörer und Zuhörerinnen! Dieses neue Sozialhilfegesetz ist eine „Schande“. Und ich bleibe bei diesem Wort. Ich habe immer klare Worte gefunden. Und wenn Sie ein bisschen Zeit haben noch und Energie, dann werde ich das auch sehr ausführlich erläutern, warum ich glaube, dass dieses neue Sozialhilfegesetz eine „Schande“ ist. Ich beginne mit Zahlen, weil auch am Beginn – ich kann mich erinnern und habe das auch notiert – Herr Abgeordneter Bitschi, Sie gesagt haben: „Also die Zahlen sprechen so für sich, dass die Notwendigkeit einer Änderung des Vorarlberger Mindestsicherungsgesetzes sozusagen gegeben ist.“ Und jetzt sage ich Ihnen ein paar Zahlen, ich bitte um Konzentration und Aufmerksamkeit, und werde Ihnen belegen, dass unser Mindestsicherungsgesetz funktioniert, und zwar seit Jahren funktioniert, und vor allem auch in den letzten Jahren sehr gut funktioniert hat. Und deshalb ist die Begründung, es zu behalten – ich weiß, dass das schwierig wird –, aber das ist eigentlich die Begründung, es zu behalten. Und ich hätte mir von der Ministerin erwartet, dass sie sich die Zahlen genauer anschaut und sich genau anschaut, „was wirkt und was nicht wirkt“. Aber es war ja ... Es ging ja nicht um Zahlen. Es geht nicht um Budget. Es geht um ganz anderes – darauf komm ich auch noch zu sprechen.

Also, aktuelle Zahlen: Im März 2019 haben wir monatliche Ausgaben von 2,7 Millionen Euro für zirka 3.400 Bedarfsgemeinschaften in der Mindestsicherung – also gesamthaft, ich bin noch nicht bei den Flüchtlingen, 2,7 Millionen für 3.400 Bedarfsgemeinschaften. Ein Wert, der schon seit Jahren nicht mehr so niedrig war. Und im Vergleich dazu: Im Juni 2015 – also da sind gerade erst die Ersten in die Mindestsicherung gekommen, die anerkannt wurden – waren die Ausgaben bei 2,6 Millionen für rund 3.300 Bedarfsgemeinschaften. Also, wir sind jetzt, im März 2019, am Stand von Mitte 2015. Wir haben diese Flüchtlingsbewegungen mit der Mindestsicherung sehr gut bewältigt. Im Asylbereich sowieso, aber auch mit der Mindestsicherung. Wenn man sich die Ausgaben in der Mindestsicherung, auch März 2019, für Flüchtlinge anschaut – also jetzt der Teil, über den wir jetzt hauptsächlich auch reden, auch wenn es nicht so benannt wird – waren es im März 2019 knapp 1,4 Millionen Euro von diesen 2,7 Millionen Euro, und das ist ein Niveau von Anfang 2016. Also auch dort sind wir im Jahr 2015/2016, wo wir begonnen haben. Im März 2019 befinden sich etwa 3.100 Menschen in der Mindestsicherung mit Fluchthintergrund. Die haben wir nach wie vor in der Mindestsicherung. Davon sind 1.900 im erwerbsfähigen Alter. Das heißt, von diesen 3.400 sind 1.200 Kinder. 35 Prozent – übrigens, ein gar nicht so abweichender Wert zu den anderen; ich habe in der Mindestsicherung generell 38,5 Prozent Kinder –, also 35 Prozent davon sind Kinder. Die kann man nicht am Arbeitsmarkt vermitteln. Von den 1.900 verbleibenden BezieherInnen im erwerbsfähigen Alter, sind 46,3 Prozent Frauen. Nahezu alle mit einem sogenannten „Arbeitsmarktvermittlungsproblem“ behaftet, nämlich, dass sie sich um die kleinen Kinder kümmern. Das ist auch nicht wirklich sehr unterschiedlich zu unserer Situation. Also, ziehen wir noch einmal 900 Frauen ab, dann bleiben – also das gleiche Phänomen wie bei den österreichischen Frauen, dass sie sich nämlich um kleine Kinder kümmern, dass sie nicht vermittelbar sind, in der Sprache natürlich auch noch ein weiteres Handikap, aber das gleiche Phänomen – bleiben, Stand März 2019, in etwa 1.000 Männer (man kann vielleicht noch 100 Frauen dazurechnen), die vermittelt werden sollten. Das ist richtig, diese Aufgabe haben wir nach wie vor und das tun wir. Aber ich werde Ihnen in weiterer Folge zur Arbeitsmarktintegration zeigen, wie das funktioniert und, dass es funktioniert. Auch das wird uns noch gelingen, diese 1.000 Männer und die Frauen, die dann sozusagen auch auf den Arbeitsmarkt gehen können, zu vermitteln. Es wird uns gelingen.

Zur Arbeitsmarktintegration: Im März 2019 sind 2.040 unselbständig Beschäftigte aus den Herkunftsländern Syrien, Iran, Irak, Afghanistan, Pakistan, Russische Föderation und Somalia am Arbeitsmarkt integriert. 2.000 Menschen! Im Jänner 2015 waren es 460. Das heißt, wir haben in diesen Jahren eine Vervierfachung der geflüchteten Menschen auf dem Arbeitsmarkt untergebracht. Eine sensationelle Leistung! Da muss man ja wirklich einmal allen danken. Das ist wirklich auch nicht nur mein Ressortbereich, sondern ganz, ganz viele andere Bereiche, auch die Arbeit vom Koordinator Strini. Also, das war ein Zusammenwirken, das einfach beispielhaft ist. Eine Vervierfachung der geflüchteten Menschen auf dem Arbeitsmarkt untergebracht. Und es ist wirklich auch – man muss es wirklich so auch betonen – ein Verdienst der Vorarlberger Unternehmen, die überdurchschnittlich bereit waren, und nach wie vor sind, Flüchtlinge zu beschäftigen. Auch das ist im österreichweiten Vergleich hervorragend. Ein gutes Zusammenwirken!

Eine andere Kennzahl habe ich mir angeschaut. Sie wissen, dass der durchschnittliche Verbleib in der Mindestsicherung einen Spitzenwert hat in Österreich mit 6,4 Monaten durchschnittlich. Und der geht sogar zurück! Im letzten Jahr hatte ich 6,2 Monate. Wir haben

den besten Wert, was die durchschnittliche Dauer in der Mindestsicherung betrifft österreichweit. Und er geht zurück! 6,2 Monate sind es inzwischen. (Zwischenruf: Warum?) – Warum? Weil wir gut vermitteln. (Zwischenruf) Bitte? Der Arbeitsmarkt, natürlich! Also, das ist ja unbestritten, dass der Arbeitsmarkt ganz etwas Wesentliches ... (Zwischenrufe) – Ja, das habe ich ja gerade betont. Natürlich! Aber die anderen Bundesländer auch. Und es gelingt uns am besten mit unserer Mindestsicherung. (Zwischenruf) Es gelingt uns am besten. Ja, die Facharbeiter, sie sind ... (Zwischenruf) Sie wissen genau, dass die, über die ich jetzt rede, nicht die Facharbeiter sind, die man braucht. (Zwischenruf Abg. Bitschi?) Ja, aber das ist nicht die gleiche Zielgruppe. (Zwischenruf Abg. Auer) Das ist nicht die gleiche Zielgruppe. Das sind nicht die Facharbeiter und Facharbeiterinnen, die man am Arbeitsmarkt dringend braucht, sondern das sind diejenigen, die zu Facharbeitern ausgebildet werden, wo die Unternehmen zum Teil diese Aufgabe mitübernehmen, weil sie Potential sehen. Aber das ist nicht – natürlich – identisch.

Ich will mit den Zahlen noch einmal sagen, was ich seit Monaten predige, dass unsere Vorarlberger Mindestsicherung sehr gut funktioniert und, dass wir mit Fug und Recht sagen können, eigentlich, dass wir eine funktionierende Abwanderung aus unserem Sozialsystem haben. Diese Fakten interessiert leider niemand. Ich habe es in unzähligen Foren probiert, auch mit den Nationalratsabgeordneten, bei der Ministerin, bei Kollegen, Kolleginnen. Aber ich werde nicht müde, diese Fakten auch auf den Tisch zu legen, weil sie einfach belegen, dass unser System funktioniert, und dass man wirklich ein gut funktionierendes System, jetzt mit der Sozialhilfe-NEU, zerschlägt. Man muss es so deutlich sagen.

Aber Sie wissen alle, wie ich, dass die dahinterliegende Agenda eine andere ist. Sie müssten es inzwischen auch bemerkt haben. Da geht es nämlich – es ist schon vielfach genannt worden, aber ich werde es noch ein bisschen erweitern – natürlich um Inländer gegen Ausländer. Das ist das zentrale Thema. Es geht um das Ausspielen – und das ärgert mich am meisten, das sage ich Ihnen in aller Deutlichkeit –, um das Ausspielen von armutsgefährdeten Gruppen untereinander. Die Alleinerziehende in der Mindestsicherung, die österreichische, die jetzt ein bisschen mehr bekommt in anderen Bundesländern (bei uns übrigens nicht) gegenüber der Familie, die größer ist, auch österreichisch, oder der Familie mit Fluchthintergrund mit Kindern, die werden sowieso abgedrängt. Das sind die „Sündenböcke erster Klasse“. Und gegenüber der Bevölkerungsgruppe, die arbeitet und auch nicht viel hat. Aber, wenn man die kürzt, oder, und vor allem die Familien, die das B1-Niveau nicht erreichen, hat eine arbeitende Familie, die nicht viel hat und nicht viel verdient, und hohe Wohnkosten hat, und auch Kinder hat – und das bildet sich im Gehalt nicht ab, dass es mehrere Kinder sind –, hat nicht einen Euro oder einen Cent mehr, weil man die kürzt. Und das ist das wirklich „perfide Spiel“ in dieser Sache, dass man diese Gruppen untereinander ausspielt. Und damit natürlich schürt und dieses Gerechtigkeitsthema da bemüht, was einfach wirklich unglaublich unfair ist gegenüber allen Gruppen. Und natürlich, das ist die andere Agenda, die noch dahintersteckt: Bund gegen Wien. Ich meine, das dürfen wir nicht vergessen, es geht nicht um die Vorarlberger Mindestsicherungsbeziehung, es geht überhaupt nicht um uns. Es geht um das „Machtspiel: Bund gegen Wien“ und „wer zwingt wen in die Knie?“ Und das ist überhaupt das Machtspiel dahinter! Ich bin bei allen 15a-Verhandlungen in den letzten Jahren dabeigewesen, in den zentralen Gremien, und es ist von vornherein immer um das „Machtspiel: Bund gegen Wien“ gegangen.

Interessant finde ich – jetzt komme ich ein bisschen mehr auf das neue Modell zu sprechen – , interessant finde ich, dass wir wirklich auch sehr anspruchsvolle Diskussionen in den letzten Jahren hatten, auch in der Koalition, bezüglich der Wohnkosten. In unserem früheren Modell, 2017 haben wir es reformiert, waren ja die Wohnkosten relativ gut anerkannt. Also, was sozusagen eine Wohnung gekostet hat, ist auch bezahlt worden über die Mindestsicherung. Da waren schwierige Diskussionen. Aber da hat man gesagt: Da muss man deckeln. Da kann man nur bis zu einer bestimmten Größenordnung anerkennen. Diesen Weg sind wir mitgegangen. Das habe ich auch ein Stück weit eingesehen. Und wir waren aber immer noch mit unserer Reform die zweitbeste Mindestsicherung oder haben die zweitbeste Mindestsicherung österreichweit. Jetzt haben wir interessanterweise plötzlich eine ganz andere Situation: Auf einmal kann ich für diese Familienkonstellationen im Wohnen wieder ganz viel Geld ausgeben, weil mit diesem Bonus – das ist richtig, das ist auch wichtig, dass wir den bekommen. Aber wenn wir den in voller Höhe ausschöpfen, kann ich plötzlich für Familien wieder teureres Wohnen zulassen. Aber, was ist die Konsequenz? – Sie haben weniger beim Lebensunterhalt. Deshalb stimmt das schon, was vor allem Abgeordnete Schoch angesprochen hat: Wir werden ein massives Problem beim Lebensunterhalt bekommen. Die Menschen werden zu wenig zum Essen haben. Und das kann ja wohl nicht unsere Zielrichtung sein, in der Sozialhilfe oder Mindestsicherung oder wie immer sie auch heißt. Die sollen doch genug zum Essen haben. Oder, Teilhabe von den Kindern, das kann doch nicht wirklich sein, dass wir da ein Gesetz formulieren, das so eine Zielsetzung hat, dass die Kinder und die Familien nicht mehr genug zum Essen haben, dass wir uns überlegen müssen: „Müssen wir jetzt mit Lebensmittelgutscheinen arbeiten, oder was müssen wir dann tun?“ Die Stigmatisierung schreitet da noch stärker voran. Also, das kann doch nicht Sinn und Zweck dieses Gesetzes sein.

Und dann gibt es immer wieder die Geschichte, dass die Alleinerziehende mehr bekommen wird. Das ist in manchen Bundesländern so, das ist tatsächlich so, aber bei uns nicht. Und ich sage es noch einmal in aller Deutlichkeit: Und Sie machen einen Rechenfehler, Herr Klubobmann Frühstück und auch Abgeordnete Marte. Sie nehmen jetzt einfach die gesamte Summe mit, sozusagen, mit Ausschöpfung des Wohnzuschlages in maximaler Höhe, und vergleichen es mit unserer Mindestsicherung in Vorarlberg. Dann stimmt das schon mit den Summen, dass das zum Teil nicht so weit abweicht, zum Beispiel bei der Alleinerziehenden. Aber im neuen Gesetz ist ganz streng vorgegeben, was für Wohnen ausgegeben werden darf und was für den Lebensunterhalt. Und wir hatten früher ein Verhältnis 75 zu 25 Prozent Lebensunterhalt/Wohnen. Und wir haben das erhöht, die 25 Prozent. Jetzt schreibt das Bundesgesetz vor: 60 Prozent Lebensunterhalt, 40 Prozent Wohnen, fix, bei der Ausgleichszulage, bei der Grundleistung. Und dieser 40-Prozent-Wohnanteil kann noch bis zu 30 Prozent erhöht werden mit dem Wohnzuschlag. Und, wie gesagt, wir bekommen jetzt die Situation, dass wir beim Wohnen eine relativ entspannte Situation haben. Das können wir ihnen zahlen, den Mindestsicherungsbeziehenden, die Wohnungen, auch teurere wie jetzt. Aber beim Lebensunterhalt bekommen wir ein Riesenproblem, und nicht nur für die Familien, die nicht B1-Niveau erreichen. Und die Alleinerziehende – ich habe es auch schon als Beispiel angeführt –, die Alleinerziehende mit zwei Kindern, österreichischer Staatsbürgerschaft, wird mit der Neuen Sozialhilfe 200 Euro weniger zum Essen haben für sich und für ihre Kinder pro Monat. (Zwischenruf Abg. Sprickler-Falschlunger) Es ist so. Es ist so! Und wir werden uns anstrengen und bemühen müssen, wie wir da Spielraum finden für diese Familien? Also, es kann ja auch nicht in Ihrem Interesse sein, dass so eine Familie

weniger zum Essen hat. Das kann ja wohl nicht wirklich sein! Es ist so! (Zwischenruf: Es ist so!)

Und, ja, was natürlich – dann schließe ich auch für heute –, was natürlich noch um Vieles dramatischer wird – aber da gibt es ja auch schon ein gewisses Eingeständnis, vom Klubobmann Frühstück auch. Vieles dramatischer wird es natürlich noch bei Familien, die nicht das B1-Niveau haben. Also da sind die Kürzungen dann bei 400 Euro, 500 Euro et cetera. Auch hier: Das Wohnen entspannt sich, aber zu wenig zum Essen und für die Teilhabe. Und ganz dramatisch – diese Gruppe wird eigentlich fast überhaupt nie benannt – ist es bei den subsidiär Schutzberechtigten. Weil, die werden auf das Grundversorgungsniveau herunterreduziert. Hier haben wir zum Teil schon in privaten Wohnungen untergebracht, die können wir zurückholen in Grundversorgungsquartiere und dann mit diesen paar hundert Euro sozusagen ausstatten. So sieht die neue Sozialhilfe aus. Ich finde, dass das eine Schande ist, dass wir in Österreich zu so einer Sozialhilfe gekommen sind.

**LTP Sonderegger:** Danke, Frau Landesrätin Wiesflecker. Die Frau Abgeordnete Scheffknecht ist am Wort, in Vorbereitung die Frau Abgeordnete Michalke.

**Scheffknecht:** Herr Landtagspräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich kann es nicht anders sagen, ich bin ehrlich schockiert. Und ich bin ehrlich schockiert, nicht was die Aussagen der FPÖ betrifft, weil das habe ich einigermaßen so erwartet. Aber ich bin speziell ehrlich schockiert, Herr Klubobmann Frühstück, nach Ihrer Wortmeldung. (Zwischenruf Abg. KO Frühstück: Also!) Weil, ich hoffe, ich habe das missverstanden, ich habe es mir aber sehr genau aufgeschrieben, weil ich so schockiert war. Sie sagen, Sie sind bei den Kinderrichtsätzen hier im Land dem grünen Koalitionspartner sehr entgegengekommen. (Zwischenruf Abg. Schoch) Und jetzt sage ist das wortwörtlich, wie Sie es ausgedrückt haben: „Und Sie seien sehr wohl dabei, wenn bei den Kinderrichtsätzen jetzt die Schraube angezogen wird.“ Da bin ich ehrlich schockiert, das sage ich Ihnen. (Zwischenrufe – Abg. KO Frühstück: Ja, ich habe gesagt, „Schrauben gedreht werden, dass wir besser werden auch“. Also, Sie müssen schon beide; wenn ich das Bild in den Mund nehme, müssen Sie das schon auf beide Seiten sehen, geh. – Abg. Schoch: Es soll besser werden!) Aber wahrscheinlich war ich so schockiert, dass ich den zweiten Teil vielleicht ... (Zwischenruf Abg. KO Frühstück: Ja, bitte ...) Ja, aber der eine Teil, ich sage es ehrlich, da bin ich ehrlich schockiert, wenn Sie sagen, „Sie sind mit dabei, wenn bei den Kinderrichtsätzen die Schrauben angezogen werden“. (Zwischenruf Abg. KO Frühstück: Nicht aus dem Zusammenhang gerissen erwähnen, bitte sehr!) Sie können es gerne nachher noch einmal erklären. Ich glaube, das würde der Diskussion guttun.

Sie reden dann von Familieneinkommen und sagen: „Die Kinderrichtsätze sind quasi nicht so wichtig, weil es zählt ja das gesamte Familieneinkommen.“ Ja, was passiert jetzt bei denen, die tatsächlich das Sprachniveau nicht erreichen? Die haben ein Familieneinkommen um minus 300, wie es die Frau Landesrätin jetzt verdeutlicht hat, zum Teil auch deutlich darüber hinaus. Also ein ganz extrem niedriges Familieneinkommen, unter dem auch die Kinder leiden werden. Das ist ganz klar. Und das schockiert mich bei Ihnen, Herr Klubobmann Frühstück, weil ich das von Ihnen nicht erwartet hätte. (Zwischenruf Abg. KO Frühstück: Das habe ich ja bekrittelt! Da haben Sie nicht aufpasst. Das habe ich ja genau, ... genau den Fall habe ich ...) „Grundsätzlich seien Sie dafür“, auch das habe ich aufgeschrieben,

„grundsätzlich seien Sie für eine Verknüpfung ...“ (Zwischenruf Abg. KO Frühstück: Genau das habe ich bekrittelt!), „grundsätzlich seien Sie für eine Verknüpfung von Sprache und Geldleistung, allerdings sehen Sie die Höhe von 300 Euro auch kritisch“. (Zwischenruf Abg. KO Frühstück: Na, na, vorher ganz klar, das sehe ich als ...) Bitte, machen Sie das noch einmal. Ich glaube, das wäre gut. Weil, wenn jemand die Diskussion heute verfolgt hat, dann sieht man, ehrlich gesagt, nicht mehr viel Unterschied zwischen FPÖ und VP in diesem Bereich. Danke!

**LTP Sonderegger:** Danke, Frau Abgeordnete Scheffknecht. Die Frau Abgeordnete Michalke ist am Wort.

**Michalke:** Sehr geehrter Herr Präsident, Hoher Landtag, geschätzte Zuhörerinnen und Zuhörer! Es macht es nicht einfacher, wenn man länger zuwartet, in der Hoffnung, dass noch etwas Anderes kommt. Und bei den Meisten könnte ich sagen: „Die Worte höre ich wohl, allein mir fehlt der Glaube.“ (Zwischenruf) Der Einfachheit halber beginne ich mit Ihnen, Frau Landesrätin, weil es gerade noch so frisch ist einfach. (Zwischenruf) Es ist mir eigentlich egal, wie Sie es auffassen. Ich habe mir das eigentlich auch so erwartet. Anstelle von „Schande“ habe ich mir „Grauslichkeit“ vorgestellt, dass das Wort kommt. Aber es ist eigentlich so ähnlich. Und ich möchte jetzt eigentlich auf die ganzen Zahlen nicht mehr eingehen, weil ich der Meinung bin, dass jeder Abgeordnete und jede Abgeordnete in diesem Haus sich diese Dinge genug und klar angeschaut hat. (Zwischenruf LR Wiesflecker) Und jede und jeder auch weiß, weshalb er welche Haltung einnimmt. Das haben wir nicht erst einmal hier diskutiert, sondern schon mehrfach. Und, ich glaube, die Haltungen sind bekannt. Auch die Intentionen sind bekannt.

Und ich erinnere nur an einen einzigen Satz, den auch der Herr Landeshauptmann hier herinnen schon getan hat, ich schon mehrfach und andere Menschen auch: Es versteht draußen niemand, wenn jemand, der arbeitet, am Ende mehr hat, wie jemand, der nicht. (Zwischenrufe – Umgekehrt! – LR Wiesflecker) Ja, ich glaube, das haben wir zur Genüge schon diskutiert. Ich möchte hier eigentlich auf ganz etwas Anderes hinaus. Und zwar möchte ich Sie einfach, Ihnen zeigen, wie schizophren die Haltung – „die Haltung“, hören Sie bitte gut zu! – ist, die hier von verschiedenen Seiten auf mich zukommt. Sie reden von einer „Schande“, weil die Ministerin die Zahlen nicht richtig liest; nicht genau zuhört, was Sie hier alles gesagt haben. Ich kann Ihnen sagen, ich habe das hier herinnen in den letzten zwei Landtagen ebenfalls als Schande empfunden, wie wir hier in Vorarlberg, im eigenen Wirkungsbereich, wo ich gar keinen Minister dafür brauche, sondern wo ich es hier aus diesem Landtag heraus regeln könnte, wie hier mit der Behandlung der Förderung der 24-Stunden-Betreuung für pflegebedürftige Menschen umgegangen wird im ambulanten Bereich. Das empfinde ich als Schande!

In dieser Schande ist subsumiert, dass der erste Fall, den ich aufgezeigt habe, Gott sei Dank relativ schnell entsprechend „repariert wurde“, sage ich einmal. Der nächste Fall, den ich im letzten Landtag aufgezeigt habe, dass weder Angehörige, die die Pflege selber machen und nicht eine 24-Stunden-Betreuung aus irgendeinem Betreuungspool anstellen, gar nichts gefördert bekommen. Dass wir auf diese Angehörigen komplett vergessen. Dass wir auch – Sie haben das „attraktiv“ genannt –, dass es uns auch dann natürlich völlig normal ist, das Haushaltseinkommen einer Familie herzunehmen, auch wenn die zu pflegende Person gar nichts hat oder eine ganz kleine Pension hat, aber der Partner, der Ehepartner (in dem Sinne,

wenn sie geschieden wären, wäre es günstiger), aber wenn es der Ehepartner ist, dann wird selbstverständlich das Haushaltseinkommen hergenommen. Das ist völlig in Ordnung. Und wenn dieses Einkommen einen bestimmten Betrag erreicht, gibt es null an Förderung für die ... Ich rede immer von der 24-Stunden-Betreuung – aus der Vorarlberger Förderung. (Zwischenrufe) Da ist für Sie das Haushaltseinkommen völlig normal, völlig in Ordnung, dass das so herangezogen wird.

Wenn es um die Familien in der Mindestsicherung geht, die Sie jetzt ansprechen, dann ist das komplett anders. Dann bewerten Sie jedes einzelne Kind mit einem, zwei oder vier Euro. Das tun Sie mit der Frau oder dem Mann, der pflegebedürftig ist, keine Rente bezieht und das Pech hat, einen Partner zu haben, der eine Rente hat, der das entsprechend hoch einstuft, das ist dann etwas Anderes. Das tun Sie einfach anders bewerten. (Zwischenruf Abg. KO Frühstück: Ein Widerspruch!) Sie tun es auch anders bewerten. Sie sagen, es gibt „keinen Vermögenszugriff“. Es gibt selbstverständlich einen Vermögenszugriff, weil sie es nämlich sofort bei der Antragstellung angeben müssen.

Und jetzt sage ich Ihnen noch den letzten Fall, der ist noch relativ neu, weil er sich gerade halt eben so erst zugetragen hat. Sie haben jetzt eine Person, die wäre vorher nicht in der Mindestsicherung gewesen. Aufgrund des Bedarfes einer 24-Stunden-Betreuung braucht sie diese Unterstützung und kommt in die Mindestsicherung. Sie braucht die Mindestsicherung, um diese 24-Stunden-Betreuung zu bezahlen. Diese Person hat ein Sparbuch in Höhe von 4.500 Euro, weil, wenn es darunter gewesen wäre, dann hätte es keine Verlassenschaft gegeben. 4.500, 5.000, 6.000 Euro, also es ist nicht ein Vermögen, weil sonst hätte sie die Mindestsicherung ja gar nicht bekommen. Und jetzt stirbt diese Person. Und jetzt haben die Angehörigen verabsäumt, vorher alles so zu regeln, dass es keine Verlassenschaft gegeben hätte. Selbstverständlich ist es jetzt, nach dem Ableben dieser Person so, dass zuerst die Beerdigungskosten bezahlt werden, dann der Notar, der die Verlassenschaft macht. Und wenn dann noch was übrigbleibt, holt die Mindestsicherung sich das Geld, das sie vorher für die 24-Stunden-Betreuung bezahlt hat, wieder zurück. Das ist alles völlig okay. Das macht alles nichts. Da reden wir jetzt auch von einer Person, die „nichts“ hat oder „sehr wenig“ hat. Einfach, um diese Haltung darzulegen: Damit haben Sie kein Problem! Sie haben auch kein Problem damit, mit den Frauen – hauptsächlich sind es Frauen; vielleicht ist auch der eine oder andere Mann darunter, von denen wir hier herinnen schon mehrfach gesprochen haben – aufgrund der Oma-Revolution. Und diese Frauen, Kollege Ritsch, hat man damals nicht dazu angehalten, nicht arbeiten zu gehen, sondern diese Frauen haben damals sich dafür entschieden, die Kinder zu erziehen, für die Kinder da zu sein. Sie hatten vielleicht auch gar nicht die Möglichkeiten, weil es die Arbeitsplätze nicht gegeben hat. Sie haben dafür gesorgt, dass wir heute in diesem Wohlstand leben, weil sie nämlich die Kinder erzogen haben. Mittlerweile sind es hoffentlich alles auch entsprechende Steuerzahler. Aber für diese Frauen haben wir keinen Cent übrig. Ja, kein Mensch. Sie rebellieren, sie stehen auf. Wir haben „Friday“, was weiß ich wohin. Aber diese Frauen, die Oma-Revolution, die da oben gesessen haben, da sagen wir zwar alle: „Ja toll, dass sie das gemacht haben.“ Aber, dass wir unser Gehirn dafür hernehmen und zermartern, „wie wir den Frauen irgendetwas bieten könnten, auch auf Landesebene“, ja, das ist egal. Irgendwie wird sich das schon; ja, das wird sich schon irgendwie spielen. Die sind ja auch nicht so laut. Die sind ja auch nicht so laut. Die halten sich ja ordentlich zurück. (Zwischenrufe – Abg. KO Frühstück: Passt schon.) Nein, das ist, da ist der Bedarf offensichtlich nicht so gegeben. Ich möchte damit nur aufzeigen, was für Sie hier herinnen tatsächlich wichtig ist.

Und wenn wir jetzt von der Armut auch noch reden. Für die Grünen, Kollege Zadra hat hier gesagt: Der Vorarlberger Familienzuschuss, der ja allen Kindern zugutegekommen ist oder zugutekommt, den man als Erfolgsmodell dargestellt hat; ja, den tituliert der Kollege Zadra als „Herdprämie“. Also, wie wichtig Ihnen die Kinder und wie wichtig Ihnen die Familien tatsächlich sind, damit haben Sie sich so oft hier herinnen schon demaskiert. Sie sollten nicht glauben (Zwischenrufe), dass man das einfach vergisst. Das stimmt sehr wohl, da haben wir eine Debatte geführt hier herinnen. Da haben wir eine Debatte hier herinnen geführt, die hat sich gewaschen.

Und, dass die Deutschkurse auch unterschiedlich bewertet werden, da gebe ich Ihnen noch einen anderen Fall: Was ist, wenn ein Partner aus, zum Beispiel, ich sage jetzt einfach als Beispiel, aus Brasilien oder Peru, oder wo auch immer, herkommt, heiratet. Möchte gerne in Österreich bleiben, in Vorarlberg bleiben. Was wird verlangt von ihm? – Natürlich, B1 muss er können, sonst darf er hier gar nicht bleiben, auch nicht, wenn er verheiratet ist. So, diesen Deutschkurs bezahlt ... (Zwischenruf) – Der ist nicht geflohen – nein, nein! (Zwischenrufe – Eben, eben!) Ich rede jetzt aber nicht von ... Ich rede davon, wie sie mit den Menschen (Zwischenrufe) Die Person kommt hierher, möchte hier arbeiten, so wie jeder andere, der ja hier auch ist. Ich gehe davon aus, dass jede und jeder andere genau dasselbe will. – Oder nicht? (Zwischenruf: Flucht!) Aber der Flüchtling möchte doch auch arbeiten, oder nicht? (Zwischenrufe – Ja, aber der hat es sich nicht ausgesucht!) Eben. Aber die Person kommt hierher und lernt Deutsch, muss Deutsch lernen – auch richtig, unterstützte ich. Aber kein Mensch denkt daran, dass man dem einen Deutschkurs zahlen sollte. Nein, nein, der bezahlt sich den Deutschkurs im WIFI für 700 Euro, jeden Deutschkurs. Kein Mensch regt sich darüber auf! Das ist völlig in Ordnung. (Zwischenruf Abg. KO Frühstück) Und wenn wir jetzt die Situation haben, dass wir sagen: Solange dieses Integrationsbestreben der Menschen mit Fluchthintergrund nicht gegeben ist, kürzt man in dem Bereich, dann ist das nicht in Ordnung. Ich finde schon, dass das in Ordnung ist, weil sämtliche anderen Kosten, die anfallen, selbstverständlich ja bezahlt werden. Und, Frau Vizebürgermeisterin Schoch, wenn Sie als Vizebürgermeisterin nicht wissen, wer in Ihrer Stadt den Bedarf oder die Notwendigkeit hat, dass er genug zu essen hat, dann frage ich mich schon, wie Sie Ihr Amt ausführen? (Zwischenruf Abg. Schoch) Also, ich weiß, dass Bürgermeister in unseren Gemeinden, dass wir sehr wohl wissen, wo dieser Schuh entsprechend drückt. Und selbstverständlich greift dort normalerweise, wenn es normal abläuft, jeder Bürgermeister und sonst die Gemeindevertretung, dementsprechend ein und schaut dazu, dass in den Gemeinden, in den Städten, dementsprechende Unterstützung geboten ist. (Zwischenrufe – Abg. Schoch: ... die Stadt, gerade was das Mittagessen angeht. Weil das Land ...) Ja, also Sie waren auch in einer Mittelschule. Ich bin auch in einer Mittelschule gewesen. Und dann tut es auch weh, wenn man sieht, wie in der Mittelschule der Mittagstisch abläuft. Und wenn man dann dort sieht, dass das Reinigungspersonal zuerst einmal schauen muss, dass der Ablauf dementsprechend geregelt ist, weil es nämlich die Assistenten nicht schaffen, dementsprechend Ruhe und Ordnung dort hineinzubringen. (Zwischenruf Abg. Schoch: Das ist einmal ein Problem der Schule.) Ja, ich habe ... Sie hören mir nicht zu. Ich habe gesagt: „Sie waren in einer Mittelschule, ich war auch in einer.“ Und ich kann Ihnen nur davon Bericht erstatten. Und Sie können sich, Sie müssen sich nicht bei mir informieren, Sie können das gerne in der Gemeinde tun, und dann wird man Ihnen das ebenfalls erklären. Und, so zu tun, als ob die Menschen nicht mehr genug zu essen haben. Wenn wir das jetzt hier gesagt hätten, dann hätten Sie gesagt: „Das ist Hetze. Das ist untergriffig. Das ist schlecht.“

(Zwischenruf) Aber, zu sagen, dass in Vorarlberg ein Bürgermeister zuschaut, dass in seiner Stadt, in seiner Gemeinde, Menschen hungern müssen, den müssen Sie mir hier in Vorarlberg zuerst zeigen. Das glaube ich einfach nicht, dass das der Fall ist.

Und, Frau Kollegin Sprickler-Falschlunger (Zwischenrufe – Abg. Sprickler-Falschlunger: ... wir es zum Tierschutz, oder ... ) Nein, ich möchte zu dir nur eines sagen, ich habe das nicht das erste Mal getan: Hier sich so hinzustellen und so zu tun, als ob du wüsstest, welchen Hintergrund alle, die hier herinnen sitzen, haben, das ist eine Vermessenheit. Das ist eine Vermessenheit! Was jeder aus seinem Leben gemacht hat, ist ein Verdienst einmal – einmal! – des Elternhauses (Zwischenruf Abg. Sprickler-Falschlunger: Der Heirat!) – Nein, Moment einmal, es gibt auch Menschen, die sind vielleicht nicht verheiratet, haben es auch zu etwas gebracht. Könnte ja sein, oder? Aber, das als Hintergrund so hinzustellen, das ist unverschämt, das ist unverschämt. Das tut man nicht, weil man es nicht weiß – weil man es nicht weiß! Und hier herzustehen und da hinüberzuschauen und zu sagen, dass wir „Braune Postings gemacht haben“, und da ganz klar in diese Richtung schauen, dann verbitte ich mir das hier ein für allemal. Ich verbitte es mir! (Zwischenruf Abg. Sprickler-Falschlunger) Ich will; das habe ich nicht gehört, das hast du gesagt. (Zwischenruf Abg. Sprickler-Falschlunger: Ich entschuldige mich, wenn du aufhörst jetzt. – Heiterkeit!) So nach dem Motto: „Jetzt habe ich es schon einmal gesagt, ich entschuldige mich dann hinterher.“ Das tut irgendwo genau gleich weh. Es ändert nichts an der Tatsache, dass die Haltung so ist. Und wenn du dann zu guter Letzt noch meinst, dass Politiker so viel Verstand haben sollten, dass sie wüssten, was im Moment sich abspielt auf Bundesebene, dann sage ich dir: Jeder, der hier herinnen politischen Verstand hat, weiß auch, was eine Politik der SPÖ und der Grünen will. Sie wollen – und das sage ich jetzt einfach genauso klar und deutlich, wie du das ja für dich auch in Anspruch nimmst. Ihr wollt die Zerschlagung der Familien. Ihr wollt die nicht! Ihr wollt, dass die Kinder, ab der Geburt am besten, einfach (Zwischenrufe – Abg. Schoch: ... bössartig ... – Abg. Sprickler-Falschlunger) von jemand Anderem erzogen werden, damit das Gedankengut, das in euren Köpfen ist, so früh wie möglich entsprechend auch weitergegeben werden kann. Das sage ich hier mit demselben Recht, mit demselben Recht wie du oder du oder jeder andere hier das auch sagt. Soviel zum politischen Verstand. Und ihr solltet nicht glauben, nur weil wir andere Worte vielleicht verwenden, oder – ich sage es jetzt genauso, wie es ist – toleranter sind mit der Vergangenheit oder des politischen Hintergrunds, wie ihr seid, das heißt nicht, dass es besser ist. Und es heißt auch nicht, dass eure Politik besser ist. Und auch ihr habt die Wahrheit nicht gepachtet! (Zwischenrufe)

**LTP Sonderegger:** Danke, Frau Abgeordnete Michalke. Ich bitte um etwas Ruhe, auch mit den Zwischenrufen. Ich glaube, gutgemeinte oder mitunter auch humorvolle Zwischenrufe sind durchaus platziert, aber ansonsten bitte ich Sie wirklich, sich auch zu Wort zu melden. Weil, man denkt dann vielleicht da oder dort etwas mehr nach, bevor man den Zwischenruf tätigt. Weil es war jetzt schon an der Grenze. (Zwischenruf Abg. Metzler: Wenn man eine ... hat!) – Das ist aber, glaube ich, nicht die Erste, Herr Abgeordneter Metzler, die wir hier herinnen erlebt haben. (Zwischenrufe) Ich komme zur Rednerliste zurück. Und der Herr Klubobmann Frühstück ist am Wort, in Vorbereitung die Frau Abgeordnete Auer.

**KO Frühstück:** Herr Präsident! Ganz kurz nur die Richtigstellung zur Frau Scheffknecht. Davor einen Satz, Frau Kollegin Michalke, zu Ihnen, sonst gehe ich auf Ihre Rede nicht ein. Aber, wissen Sie, wenn Sie sagen, dass ein Bekannter von Ihnen 700 Euro für einen Sprachkurs ausgeben muss oder bezahlen muss beim WIFI, das ist alles gut und recht. Aber, ich

behaupte jetzt einfach, dass ein Flüchtling in seiner Situation, der um sein Leben Angst haben musste und geflohen ist in ein anderes Land, der hat die 700 Euro schlichtweg einfach nicht. Und darum hinkt, aus meiner Sicht, dieser Vergleich. Er kann es nicht dabei haben!

Frau Scheffknecht, nur die zwei Klarstellungen: Das Wort „Schraube“ in diesem Zusammenhang zu verwenden, finde ich unglücklich gewählt, das sage ich so. Aber, Sie haben es auch aus dem Zusammenhang gerissen. Ich habe gesagt: „Wenn man an Schrauben drehen will, dann haben wir von Anfang an gesagt, dass es bei den Kinderrichtsätzen für uns sein kann, dass wir dann stärker kürzen in diesem Teil.“ Auf der anderen Seite habe ich auch gesagt, dass wir nicht Eile haben und darum kämpfen werden, dass, wo das sinnvoll ist und wir Möglichkeiten haben im Land, dass wir dort auch etwas dazugeben können.

Und das Zweite, mit B1, das war ein Riesenverhörer. Und ich habe gesagt, „Geld und Sprache zu verbinden, das finde ich richtig, weil wir da Fehler gemacht haben bei anderen Wellen“. Allerdings habe ich ganz klar festgestellt, dass wir in diesem Kompromiss, auf Bundesebene B1 und 300 Euro dafür, viel zu stark und zu hart finde, und möchte das bitte klarstellen.

**LTP Sonderegger:** Danke für diese Klarstellung, Herr Klubobmann. Die Frau Abgeordnete Auer ist am Wort.

**Auer:** Sehr geehrter Herr Landtagspräsident, Hohes Haus, liebe Kolleginnen und Kollegen! Also irgendwie ist das ein interessanter Landtag heute. In der Früh, bei der „Aktuellen Stunde“, wo es um Klimaschutz geht, und EU-Wahlkampf, von mir aus noch, redet man schon zur Mindestsicherung. Wenn es jetzt um die Mindestsicherung geht – ich habe es mir aufgeschrieben, ich habe es mir aufgeschrieben: Allein bei der Kollegin Michalke, die 24-Stunden-Pflege, das Familienbild der SPÖ, dann die Frauenpensionen und noch etwas war. (Zwischenruf Abg. Michalke: der Familienzuschuss!) Der Familienzuschuss. Ja, also ich glaube, es würde der Sache wirklich dienen, wenn wir über die Mindestsicherung reden. Und, herzliche Gratulation, weil ich bin, ich kann gut austeilen. Ich kann gut austeilen, das weiß ich. Und das tu ich dann, wenn ich das Gefühl habe, es muss gesagt werden. Und das habe ich das letzte Mal in Sachen Pflege getan.

Aber dieses Mal, Frau Landesrätin Wiesflecker, haben Sie die Zahlen wirklich gut aufbereitet und klar gesagt. Weil, es stimmt nicht, dass die Zahlen allen bekannt sind. Das haben wir heute wieder gesehen. Wir haben es heute wieder gesehen, dass die Zahlen nicht allen bekannt sind. Und dass es eben schmerzliche Einbußen für die Menschen bedeutet, die schon wenig haben. Und jetzt habe ich, ich habe mir gedacht – und Sie haben es deutlich schon gesagt –, wenn es um Einsparungen von 14 Millionen in dem gesamten Paket geht, dann wird mir hier herinnen niemand erklären, dass die Änderung des Gesetzes eine budgetpolitische Maßnahme war. Das wird niemand glauben! – Erstens.

Zweitens wird niemand behaupten, dass die Änderung des Mindestsicherungsgesetzes eine Maßnahme war, um Armut zu verhindern. Das wird niemand behaupten! Es gibt keine Verbesserungen, um Armut zu verhindern.

Und drittens: Wenn Sie Anreize schaffen wollen, damit sich Arbeit lohnt, dann würden wir das tun, wo der Landtag hier herinnen auch schon einmal ein Bekenntnis dazu abgegeben hat, und was die Bundesregierung und die Parteien im Wahlkampf versprochen haben,

nämlich, die kalte Progression abzuschaffen. Das würde die Löhne automatisch erhöhen. Weil, wir haben gute Kollektivvertragsverhandlungen gehabt, aber ein Großteil davon geht durch die kalte Progression wieder verloren. Das interessiert Sie nicht! Das würde eine Anhebung, Herr Bitschi, sofort schaffen. Sie haben hier heraußen gesagt – und Sie streuen den Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern Sand in die Augen, weil, wenn das Mindestsicherungsgesetz geändert ist jetzt, bekommt kein Arbeitnehmer deswegen mehr. Sie schüren Neid ... (Zwischenruf Abg. Bitschi: Aber die ...) Nicht mehr und nicht weniger. Und die Entlastung, die kommt (Zwischenruf Abg. Bitschi: ... das macht sogar der Hämmerle ...!), die Entlastung, die kommt, die zahlen wir uns durch die kalte Progression zweimal. Zweimal zahlen wir die. – Das ist das Erste.

Und das Zweite ist: Der Familienbonus, so gut er greift bei den Menschen, die gut verdienen, so schlecht greift er bei den Menschen, die wenig verdienen. Es gibt genug Beispiele dafür, dass für die Frauen und für die Männer, die wenig verdienen, der Familienbonus nicht das richtige Mittel ist. (Zwischenruf) Da besteht ein Handlungsbedarf. Da ist Luft nach oben. Aber, wir wissen ganz genau, dass diese Debatte – und was ich wirklich bedauerlich finde: Ich habe gedacht, Sie haben mehr „Steherqualitäten“, Herr Landeshauptmann. Ich habe mir gedacht, Sie haben wirklich mehr „Steherqualitäten“ in dieser Frage. Diese Änderungen bedeuten nur ein Spalten der Gesellschaft, und sie dienen keinem nachvollziehbaren anderen Grund. Und hier, glaube ich, wäre es gut gewesen, Sie hätten klare Haltung gezeigt. Hier hat die grüne Politik klar gezeigt, wie es im Mindestsicherungsgesetz gehen kann. Und hier haben Sie den Weg verlassen. Dankeschön!

**LTP Sonderegger:** Danke, Frau Abgeordnete Auer. Ich habe jetzt keine weiteren Wortmeldungen mehr. – Doch, der soeben angesprochene Herr Landeshauptmann hat sich noch zu Wort gemeldet – bitte sehr.

**LH Wallner:** Hoher Landtag, Kolleginnen und Kollegen! Nicht zu viel in die Länge ziehen will ich es, aber zwei, drei Dinge erwähnen. Das Erste ist, was die Umsetzung angeht. Weil, ich habe jetzt sehr aufmerksam die gesamte Debatte verfolgt. Und es ist ja schon spannend, dass jeder ganz genau weiß, wieviel Cent, Euro und Cent am Schluss herauskommen. Es gibt gute interne Berechnungen, die wissen wir, wie man eine 100-Prozent-Umsetzung des Bundesvorschlags macht. Wir wissen aber auch um die Spielräume, die wir bekommen haben. Das heißt, der Grund, warum ich gesagt habe, „wir werden uns ein paar Monate Zeit nehmen“, hat damit zu tun, dass wir uns jetzt einmal genau anschauen: Grundsatzgesetz, exakte Auswirkung (das liegt ja eigentlich am Tisch) und die Frage: Wo ist ein Spielraum für die Bundesländer und was tun wir damit? Das möchte ich vorausschicken, weil da noch nicht das letzte Wort in allen Punkten gesprochen ist. Die Länder haben einen gewissen Spielraum bekommen, auch Interpretationsspielräume, um die wir gerade auch ringen, intern und extern. Wir werden uns aber sicher genau anschauen, was dort möglich ist. Und versuchen am Ende – ich will das Wort „gerecht“ nicht überstrapazieren –, aber am Ende einigermaßen fair gegenüber allen vorzugehen.

Ein zweiter Punkt, der mir wichtig ist zu erwähnen, was eigentlich in der Diskussion, insbesondere von Arbeitnehmervertretern, Ihnen zum Beispiel, Kollegin Auer, irgendwie – ich weiß zwar nicht, warum; vielleicht wohlweislich – ausgelassen wurde, ist, wie man einem, jetzt nehme ich einfach ein kleineres Beispiel her, wie wir einem durchschnittlichen Facharbeiter – jetzt rede ich gar nicht vom Handel, weil dort ist es noch viel schlimmer, da

wird auch schlecht bezahlt; ich könnte auch andere Beispiele nennen –, wie wir dieser Bevölkerungsgruppe, die Sie scheinbar auch vertreten wollen, eigentlich erklären, wie hoch der Unterschied zwischen Mindestsicherung und Arbeitseinkommen sein soll, damit diese Gruppe, inklusive ihren Familien und Kindern, auch noch berechtigt den Eindruck hat, dass Arbeiten besser ist, als in die Mindestsicherung zu gehen. Bei mir war in der Sprechstunde – in der Sprechstunde, das hat mich sehr zum Nachdenken gebracht –, war ein Mitarbeiter, jetzt kein Facharbeiter aus der Industrie oder so, sondern jemand aus dem Forstdienst, aus dem eigenen Landesdienst bei uns, mit drei Kindern, der mir gesagt hat: „Ich habe mir das genau angeschaut. Ich würde in der Mindestsicherung besser fahren.“ Mit einer guten vorgelegten Rechnung. (Zwischenruf LR Wiesflecker: Nein, besser fahren sie nicht mit der Mindestsicherung!) Aber der Unterschied war ein sehr, sehr geringer. (Zwischenruf LR Wiesflecker: Das ist genau ...!) Jetzt, Gott sei Dank war das jemand, der hochmotiviert arbeitet, der jede Menge Überstunden leistet und der sagt: „Ja, ich möchte gerne im Forst weiterarbeiten.“ Und wir zahlen im Landesdienst nicht schlecht im Forstdienst. (Zwischenruf Abg. Auer) Wir zahlen nicht schlecht, sage ich dazu. Und Sie können auch das Argument der Mindestlöhne strapazieren. (Zwischenruf Abg. Auer) Sie können auch bis 1.900 Euro Mindestlohn hinaufgehen. Sie können sogar bis 2.000 Euro Mindestlohn hinaufgehen, das kein Mensch bezahlt in Österreich, und schon gar nicht in Deutschland oder sonstwo in Europa. Und Sie werden immer noch sehen: Diese Frage ist, wenn man sie dann Aug in Aug beantworten muss, nicht so leicht zu beantworten.

Jetzt weiß ich schon, ich bin da vorsichtig. Weil, eine soziale Situation, wo jemand in eine echte Schwierigkeit gerät, ist auch wieder eine spezielle Situation. Also, ich versuche das ausgewogen zu beurteilen. Aber dass Sie in der Diskussion völlig ausblenden, und zwar völlig ausblenden, dass man einem oder einer, der in der Woche, in welcher Branche auch immer, bis zu – jetzt bin ich noch vorsichtig – 3.000 bis 4.000 Euro brutto verdienen muss, oft sogar 4.500 Euro, je nach Konstellation, brutto verdienen muss, um mit zwei Kindern (bei drei Kindern ist es dann definitiv so) auf eine Mindestsicherung hinzukommen, die wir nach der neuen Regelung des Bundes auszahlen, das ist schon auch ein starkes Stück. Ich sage es nur dazu: Ich will keine Gruppen gegeneinander ausspielen (Zwischenruf Abg. Schoch: Nein, gar nicht.), schon gar nicht Armutsgefährdete gegen Arbeitende. Aber erklären muss man es schon, in meiner Funktion – in Ihrer vielleicht nicht, in meiner schon. Wenn jemand kommt und sagt: „Entschuldigung, aber ich verdiene nicht 3.500 bis 4.000 Euro brutto. Und es gibt Leute, die eine Mindestsicherung beziehen mit drei Kindern, Nettobezug“ – jetzt lasse ich die Familienbeihilfe und den Kinderabsetzbetrag noch weg, so fair bin ich auch noch, weil das bekommen beide –, wo der sagt: „Entschuldigung, aber das ist aus meiner Sicht zu hoch.“ Was geben Sie dem für eine Antwort? – Stereotyp sagen Sie dann: „Die Mindestlöhne müssen rauf.“ Ich sage Ihnen, „so hoch können Sie gar nicht gehen, dass die Rechnung noch stimmt“. Und diese Fragestellung auszublenden ist ein Fehler, sage ich jetzt einmal. Das heißt, die Mindestsicherung hat schon zwei Funktionen, ob es Ihnen passt oder nicht. Die erste Funktion ist die soziale Absicherung, zu der ich zu tausend Prozent stehe: „Hilfe in der Notlage“. Und da glaube ich, dass wir in jedem Vergleich, den man macht, nicht so schlecht liegen. Und das Zweite: Es muss nach wie vor erklärt werden, wie hoch der Unterschied zum Arbeitseinkommen sein soll. Außer, Sie sagen, „das interessiert mich gar nicht.“ Und es gibt sogar Fälle, vor allem dann mit mehr Kindern, wo man sagen muss, das erreicht schon Höhen, wo sich manch Arbeitender denkt, „das hätte ich auch gerne“, und gar nicht erreichbar ist, weil der Arbeitgeber das, auch bei guten Löhnen, nicht bezahlt. Das müssen Sie im Handel erklären, das müssen Sie zum Teil den Landes- und Gemeindebediensteten

erklären. – Das sind Tausende! Das müssen Sie in den Spitälern erklären. (Zwischenruf Abg. Auer: Die Ungleichheit bei den Kindern ... den Familienbonus.) – Ich komme noch dazu! – Das müssen Sie bei den Facharbeitern erklären. Weil, da muss man in der Industrie eine Abteilungsleiterfunktion haben, mit dem Gehalt. Wissen Sie, und dass die Bundesregierung auf den Umstand aufmerksam macht und versucht, auch gegenzusteuern, ist nach vielen Jahren auch richtig.

Jetzt sage ich Ihnen ein Zweites noch, weil es nicht so ideologisch diskutiert werden muss, immer – zumindest nicht ‚immer‘. Man kann schon, aber nicht immer. Aber dort, wo Sie mitregieren, im Burgenland, SPÖ, ist das ja eigentlich klar. Dort werden für subsidiär Schutzberechtigte 320 Euro bezahlt, und zwar schon vor Doskozil. Schon lange! Wir bezahlen die volle Mindestsicherung bei den subsidiär Schutzberechtigten. Im rot geführten Bundesland, seit Jahren – seit Jahren! –, wird um 320 Euro ein subsidiär Schutzberechtigter oder eine Schutzberechtigte abgefertigt. Und bei der jetzigen Umsetzung höre ich, ehrlich gesagt, wenig Widerstand – wenig Widerstand! – aus dieser Ecke. Was heißt, dort, wo sie selbst mitregieren – ich muss es so sagen, wie es ist –, ist es offenbar deutlich weniger ein Problem, wie dort, wo man eben nicht dabei ist. Oder? Weil dort ... (Zwischenrufe – Abg. KO Ritsch: Wien!) Ja, Wien ist auch wieder anders.

Und jetzt muss ich noch ein Drittes dazu sagen: Es muss schon ein Bemühen da sein. Ich weiß, dass das eine schwierige Debatte ist und sie ist auch für uns alle nicht leicht. Aber, es muss ein Bemühen da sein, dass die Bundesländer auch beim Ausnützen der Spielräume – es wird ohnehin zu Unterschieden kommen aufgrund von Ost-West-Gefälle –, dass Sie sich trotzdem bemühen, im Bereich der Mindestsicherung eine gewisse Annäherung zu finden. Ich war bei den aller-, allerletzten Versuchen im Rahmen der Finanzausgleichsverhandlungen noch dabei, eine 15a-Vereinbarung für alle Bundesländer, ich sage, in einem erträglichen Maß, zustandezubringen. Jetzt bleibe ich auch da kritisch genug gegenüber allen. Der letzte Beitrag des damaligen Sozialministers Stöger, kombiniert mit dem Klubobmann Lopatka von unserer Seite, hat dazu geführt, am Ende des Tages, dass die ganze 15a-Vereinbarung und die Frage, „Können wir uns überhaupt einigen?“, in die Luft geflogen ist. Das heißt, in dieser allerletzten Runde, da gab es noch zwei, die es probiert haben: der oberösterreichische Landeshauptmann und der Vorarlberger, die haben es noch probiert. Mit einer Korridor-Lösung nämlich, am Ende noch. Es gab von beiden Seiten keine vernünftige Bewegung. Keine! Da bin ich jetzt wirklich geradeaus, weil es geht mir um die Vorarlberger Position dabei. Eine wirkliche Übereinstimmung, auch nur den Versuch, zu finden. Das heißt, die Bundesländer haben sich nicht geeinigt. Die Gründe kennt man auch: Niederösterreich und Oberösterreich und so weiter, aber auch der Bund damals, hat keinen wirklich konstruktiven Beitrag geleistet, dass man am Ende des Tages zu einer Lösung kommt. Im Gegenteil! Es wurde noch angedroht, die Krankenversicherung zu kippen. Und die Kontakte sind damals hinaufgegangen, auch von mir persönlich, bis zum amtierenden Bundeskanzler. Es war nicht möglich! Der Versuch war im Raum, aber es war nicht möglich. Das heißt, wenn die Bundesländer keine Vereinbarung zustandebringen, wenn sie darauf beharren, unterschiedliche Mindestsicherungssysteme zu haben, dann ist schon ein logischer Schritt, dass der Bund dann sagt, es hätte vielleicht jene Regierung probiert, ein Grundsatzgesetz zu machen. Und es heißt auch „Grundsatzgesetz, mit Ausführungsspielräumen“. Und ich meine auch, dass wir dort ein paar bekommen, die wir intelligent nützen sollten. Es waren ja auch Vorarlberg und Tirol, die gesagt haben, wir brauchen einen 30-Prozent-Aufschlag dazu. Jetzt sage ich nicht nur Wohn-Aufschlag dazu, sondern Aufschlag, weil wir beide wissen aufgrund

der Berechnungen, dass wir das Gesetz wohl so am Rande interpretieren werden – das werden wir auch müssen –, dass das eben ein Aufschlag bleibt und nicht nur ein Wohn-Aufschlag. Wir beide wissen, was gemeint ist. – Nicht alle im Raum verstehen das oft, aber wir beide wissen, was gemeint ist, um halbwegs zu Größenordnungen hinzukommen, die uns diese 30 Prozent höheren Kosten im Bereich Lebenshaltung und Wohnen, die wir in Vorarlberg natürlich in Summe haben, auch abdecken. Bei jeder österreichweiten Vereinheitlichung wird das trotzdem der Punkt sein, wo wir miteinander dafür eintreten werden müssen, und aus Überzeugung tun werden, dass man das sauber im Lande löst. Aber am Ende des Tages ist eine Verfassungsbestimmung als Grundsatzgesetz verfassungsrechtlich klar: Eine Umsetzung muss gemacht werden. Sie kann Zeit in Anspruch nehmen. Und es wird auch richtig sein, wenn sie kommt. Und ich sage jetzt auch ganz klar dazu, dass wir die „attraktivste Mindestsicherung Österreichs“ bauen, kommt nicht in Frage, weil wir irgendeinen Sozialtourismus nicht unterstützen wollen. Und deswegen glaube ich auch, dass die Länder in der Frage, bei aller Liebe zum Föderalismus, aber in der Frage es wichtig ist – das war es auch früher schon –, dass sie sich einigermaßen annähern, was die Sätze angeht, was die Höhen angeht und so weiter. Das ist schon richtig, was man berücksichtigen muss, sind höhere Kosten, höhere Lebenshaltungskosten, vor allem auch Wohnkosten, beides eigentlich, im Westen Österreichs. Also dieser 30-prozentige – ich sage jetzt „Aufschlag“ dazu – Aufschlag, den werden wir auch im Ausführungsgesetz verankern müssen.

Und jetzt kommt noch etwas dazu, weil Sie immer sagen, „Wien und so“. Die kämpfen natürlich damit; erkannt haben sie es ja eigentlich schon. Wer weiß, wie dort argumentiert wird, der sieht ja auch zwischen den Zeilen, dass der Widerstand enden wollend groß ist. Ludwig zum Beispiel: Man hört es bei jedem Ton, den er von sich gibt. Das war bei seinem Vorgänger übrigens auch leicht anders. Das hört man. Weil man natürlich auch sieht in Wien, nicht nur bei den Kosten, dass der Aufenthalt in der Mindestsicherung – ist auch eine Großstadt, mit völlig anderen Voraussetzungen –, dass der Aufenthalt in der Mindestsicherung einer ist, der dort natürlich zu lange ist im Unterschied zu uns. Aber das sollte für uns auch ein warnendes Beispiel sein. Es kann ja nicht ein System auf Dauer etabliert werden – in Wien schon dreimal nicht, aber bei uns muss man auch darauf schauen –, wo ein Daueraufenthalt in der Mindestsicherung zum Normalfall wird. Es muss ein System sein, wo jemand auch einen Anreiz hat, auch wieder hinauszugehen auf den Arbeitsmarkt. Jetzt Gott sei Dank haben wir bei uns einen Durchschnittaufenthalt in der Mindestsicherung von vier bis sechs Monaten wahrscheinlich. (Zwischenruf LR Wiesflecker: Sechs Monate!) Sechs Monaten. Also, verhältnismäßig gering. Aber schauen Sie auch den Drehtür-Effekt an, und nicht nur, wie viele die sechs Monate drinbleiben, sondern wer nach drei Monaten wieder hereinkommt zur Tür. Also, wie oft die Leute ein- und ausgehen. Es muss beides angeschaut werden. Das heißt, da entsteht natürlich auch ein gewisser – ich will nicht sagen „Daueraufenthalt“ –, aber eine gewisse Verfestigung in der Mindestsicherung. Und dem ist entgegenzuwirken! Und da tut Vorarlberg mehr wie alle anderen, weil wir viel mehr im Bereich des Arbeitsmarktes tun. Die Wirtschaft sowieso, weil sie blüht, aber auch das AMS und die anderen. Wir tun ja viel im Bereich der Arbeitsmarktprogramme, deutlich mehr wie viele andere Bundesländer. Das heißt, man bemüht sich intensiv, zurück in den Arbeitsmarkt zu kommen. Und das muss eine Mindestsicherung natürlich auch leisten. Und wenn sie Höhen hat, wo jemand sagt, „Na gut, da ist es nicht mehr wirklich ... es lohnt sich nicht mehr, zu arbeiten“, wenn es solche Höhen erreicht, dann ist das Rausgehen aus der Mindestsicherung natürlich nicht besonders attraktiv. Und in der Diskussion will ich auch

daran auch hinappellieren, dass wir beide Dinge sehen. Und ich versuche das jetzt wirklich ausgewogen zu machen. Weil, man braucht ein ordentliches Netz der sozialen Absicherung. Aber es muss auch klar sein – das ist sonst Gift für die Gesellschaft –, muss auch klar sein, dass ein normaler Facharbeiter oder mein Beispiel aus dem Forstdienst oder ein Gemeindebediensteter, ein Landesbediensteter, eine Handelsangestellte, dass die auch sagt: „Das Arbeiten lohnt sich immer noch.“ Auch wenn die Mindestlöhne hinaufgehen müssen, auch dann. Aber Sie können diese Vergleiche machen. Und wenn das nicht so ist, dann entsteht natürlich ein Ungleichgewicht in der Gesellschaft, das ich auf Dauer für nicht richtig halte.

Und bei den Kinderrichtsätzen – einen Satz muss man dazu sagen: Es ist natürlich richtig, weil es gibt ja Viele hier herinnen, die haben auch Familie. Und jeder rechnet mit Familieneinkommen, in dem Kreis ja mehr als ausreichend, mit Familieneinkommen. Niemand rechnet mit einem einzelnen Satz pro Kind und sagt, „das Kind Nummer drei kriegt 44 Euro oder 43 und das Kind Nummer eins kriegt hundert-irgendwas. Kein Mensch in der Gesellschaft rechnet so! Jeder muss in der Familie haushalten und muss letztlich mit dem Einkommen schauen, dass auch die Kinder mitversorgt werden können. Kein Mensch rechnet pro Tag, Ein-Euro-irgendwas. Und das ist im neuen Mindestsicherungsgesetz auch so verankert worden, dass man eben nicht einen Richtsatz pro Kind hernehmen soll – was ich schon für richtig halte –, sondern sagt: Es ist natürlich gleich zu verteilen auf die Kinder. Und da ist es schon gerechtfertigt, auch beim dritten und vierten Kind, einen etwas geringeren Satz, wenn man auf das Gesamteinkommen schaut – aber nur dann! – umzusetzen. Wir haben es ja auch gemacht. Wir haben eine leichte Kürzung vorgenommen und der Bund hat eine strengere Kürzung vorgenommen. (Zwischenruf LR Wiesflecker) Letztlich werden es vielleicht die Höchstgerichte endgültig entscheiden, wie denn diese Abstufung wirklich erfolgen kann. Das kann schon sein, dass die Frage auch nicht endgültig klar ist, höchstgerichtlich klar ist, wie stark eine Abstufung erfolgen kann. Aber im Kern hat die Mindestsicherung da natürlich einen Strickfehler. Also, wenn ich nur in Einzelsätzen denke, vor allem dann, wenn ich Kinder und Familie habe und das weglasse, und nicht in Familieneinkommen denke, habe ich natürlich einen Strickfehler. Und das muss berücksichtigt werden. Und diese Dinge müssen gegenübergestellt werden. Und dann, glaube ich, dass man in Summe eigentlich einen Weg finden wird in Vorarlberg, wo wir das Grundsatzgesetz zeitgerecht umsetzen, die Spielräume, die wir im Land brauchen, anwenden, wo sie richtig sind, aber natürlich nicht übers Ziel schießen. Nicht die attraktivste Mindestsicherung Österreichs bauen. Oder wollen wir eine Magnetwirkung von Wien nach Vorarlberg erzeugen? Das will, glaube ich, niemand von uns am Ende des Tages. Und das bitte ich in der Diskussion zu berücksichtigen, dass es eben auch zwei Seiten der Medaille gibt. Das eine ist die soziale Absicherung und das letzte Netz. Aber das Zweite ist schon auch ein spürbarer Unterschied zum Arbeitseinkommen. Und für die Stabilität der Gesellschaft ist beides, aus meiner Sicht, gleich wichtig. Und in der jetzigen Diskussion hat mir das zumindest ein Stück weit gefehlt.

**LTP Sonderegger:** Danke, Herr Landeshauptmann! Zu Wort gemeldet ist Herr Abgeordneter Zadra, in Vorbereitung die Frau Abgeordnete Schoch.

**Zadra:** Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Es ist etwas geschehen, Frau Kollegin Michalke, und das ist nicht einfach passiert, sondern Sie haben das ganz bewusst gesagt. Das kann so nicht stehenbleiben! Heute im Vorarlberger Landtag, Sie sind

Landtagsabgeordnete, Sie sind Bundesratsabgeordnete gewesen, haben Sie gesagt: „Nur, weil wir toleranter sind mit der Vergangenheit oder dem politischen Hintergrund, wie ihr das seid, heißt das nicht, dass das besser ist.“ Frau Kollegin Michalke, ich gebe Ihnen jetzt die Möglichkeit, dazu Stellung zu nehmen. Sie müssen wissen, Sie sind Mitglied der FPÖ. Die FPÖ, das Gründungsmitglied Anton Rheintaler, war NSDAP-Minister, war der erste Bundesparteiobermann der FPÖ. Und Sie wollen toleranter mit Ihrer Geschichte der Vergangenheit und dem politischen Hintergrund umgehen. Das ist ein „Eklat der Sonderklasse“, und ich hoffe, dass Sie nicht wieder einen Tag brauchen, auch Herr Landesparteiobermann Bitschi, um sich davon zu distanzieren. Ich glaube, wenn gerade heute, wo wir am Morgen europäische Themen besprochen haben, dass das so nicht stehengelassen werden kann. Das geht nicht! Herzlichen Dank.

**LTP Sonderegger:** Dankeschön, Herr Abgeordneter Zadra. Die Frau Abgeordnete Schoch ist am Wort, in Vorbereitung die Frau Abgeordnete Michalke. (Zwischenruf Abg. Schoch: Ich ziehe zurück!) Sie ziehen zurück. Okay. Damit wäre die Frau Abgeordnete Michalke am Wort.

**Michalke:** Hoher Landtag! Herr Kollege Zadra, wenn Sie das aus meinen Worten so empfunden oder so gehört haben wollen, dann distanzieren ich mich selber von meiner Wortmeldung. Ich habe diese Toleranz aus unserer Seite so gesehen – und, ich glaube, ich habe es vorher auch ganz deutlich dementsprechend in unsere Richtung gesagt –, weil die Frau Kollegin Sprickler-Falschlunger zu uns hinüber gesagt hat: „Wenn Sie braune Postings senden“. Und das habe ich mir verboten und ausge... Ich will das nicht. Ich habe darum gebeten, dass das – nicht das erste Mal übrigens – nicht mehr passiert, weil ich das nicht hören will. Und weil, meine tolerantere Haltung habe ich in Bezug auf die Wortwahlen genommen, die wir in diese Richtung nicht so verwenden, in eure Richtung. Ich habe es dann auch ganz klar, dezidiert, meine Meinung dazu gesagt und habe gesagt, weil der politische Verstand, den ja auch die Frau Kollegin Sprickler-Falschlunger in den Mund genommen hat, der ja beweisen soll, in welche Richtung die Bundespartei jetzt gehen soll. Da habe ich gesagt, okay, und ich sage in aller Deutlichkeit, auch wenn ich den politischen Verstand benutzen möchte, dann gehe ich davon aus, oder weiß ich auch, in welche Richtung eine SPÖ-Gesellschaftspolitik oder eine Grüne-Gesellschaftspolitik geht und wie ich die empfinde. Nichts Anderes habe ich damit gemeint. Wenn Sie damit meinen, dass ich irgendeine kriegerische – oder was weiß ich was – Vergangenheit damit gemeint habe, dann tut es mir leid und dann distanzieren ich mich davon. Und dann braucht sich von meiner Fraktion niemand davon zu distanzieren, davon distanzieren ich mich selbst.

Aber ich würde mich dann sehr freuen, wenn alle Abgeordneten, die hier in unsere Richtung sagen, dass wir „Braune Postings“ veröffentlichen, sich ebenfalls hier entschuldigen und sich davon auch distanzieren. Dasselbe möchte ich, würde ich mir wünschen, wenn das auch der Fall wäre.

**LTP Sonderegger:** Dankeschön, Frau Abgeordnete Michalke. Die Frau Abgeordnete Sprickler-Falschlunger ist am Wort.

**Sprickler-Falschlunger:** Herr Präsident, werte Kollegenschaft! Wir sind – wie viele Tage? Das ist gar nicht so lustig, nach der Befreiung (Zwischenrufe – Heute. – Gestern. Abg. KO Frühstück: Heute, heute!) Heute, oder? Entschuldigung, ich habe das nämlich nachgehört, was Sie gesagt haben, weil ich es eigentlich gar nicht (Zwischenruf: fassen konnte!) glauben

konnte. Daniel, darf ich noch einmal bitten, die Mitschrift, weil ich habe den Kollegen Zadra gebeten, das nachzuhören. Und ich unterscheide jetzt ganz klar zwischen persönlichen Befindlichkeiten – die darf jeder haben, die habe ich auch manchmal – und zwischen Dingen, die so unermesslich grausam sind, so unermesslich nicht entschuldbar. Ich weiß nicht, wer den Film gesehen hat, einer Jüdin, die auf der Fahrt nach Auschwitz ihr Kind (und jetzt spreche ich alle Mütter hier herinnen an), ihr Kind aus dem Zug geworfen hat. Und ich habe es gar nicht anschauen können. Es verfolgt mich seit Tagen, weil ich selber eine jetzt erwachsene Tochter, aber ein kleines Kind hatte. Und jeder weiß, wie die sich klammern, wenn sie Angst haben. Und mir bricht das, ich muss ehrlich sagen, fast das Herz, wenn ich an so etwas denke. Und alle Berührungen, alle nur annähernden Berührungen mit dieser Zeit, Alles, was das kleinredet, ist derart widerlich und abstoßend und menschenverachtend. (Beifall) Und wenn man dann sagt – und ich habe es nachgehört; ich habe es nachgehört, weil ich es nicht glauben konnte. Zuerst ist es um die SPÖ gegangen. Das ist okay, das können Sie sagen. Aber dann habe ich es nachgehört. Und Sie haben gesagt, und da ist es nicht um die SPÖ gegangen. Und ich zitiere es noch einmal. Ich meine, ich weiß ja, Sie werden wissen, was Sie gesagt haben. Mir müsste, so etwas muss in einem Kopf zuerst einmal entstehen. „Nur weil wir toleranter sind mit der Vergangenheit oder dem politischen Hintergrund?“, ja, was lässt denn das für eine Deutung zu? Das lässt keine Deutung zu! Ich sage es Euch ehrlich, ich habe weinen müssen bei der Vorstellung, weinen müssen, und an die FPÖ denken müssen und an die ganzen Geschichten. Und ich habe mir gedacht: Das ist so widerlich, so abstoßend, dass ich am liebsten nichts mehr mit der Politik zu tun hätte; am liebsten keine Zeitung mehr aufmache. Und wenn Sie, Frau Michalke, da herauskommen und so etwas sagen. Ja, wie soll man denn das interpretieren? – Wegschauen! Weghören! Das haben Sie nicht so gemeint. Wir distanzieren uns. Wir gehören alle ja nicht dieser Partei an. – Ihr gehört alle dieser Partei an. Na, ich schäme mich, ich schäme mich, in Anbetracht dessen, was die letzten Tage geschehen ist. Ich schäme mich! Da gibt es überhaupt nichts zu lachen. Das ist das Allerfurchtbarste, was wir an Geschichte vorzuweisen haben. Da gibt es nichts, dass man sagen kann, „wenn man toleranter ist mit der Vergangenheit.“ Null Toleranz!

**LTP Sonderegger:** Danke, Frau Abgeordnete Sprickler-Falschlunger. Die Frau Abgeordnete Michalke hat sich noch einmal zu Wort gemeldet. Es sei mir vielleicht gestattet, in der Zwischenzeit aber zu sagen, dass ich die Rechtfertigung vorher beziehungsweise die Erklärung vorher, auch sinngemäß damals, wie es die Frau Michalke ausgesprochen hat, so verstanden habe, weil sonst hätte ich jedenfalls eingegriffen. Aber man kann mitunter Dinge unterschiedlich verstehen.

**Michalke:** Hoher Landtag! Ich glaube, ja, entweder man will oder man will nicht. Wenn jemand fünf Jahre lang – fünf Jahre lang! – in diesem Landtag war, und ich verspreche allen, die da herinnen sind, ich werde diesen Landtag nicht in Form eines Gartenschlauches verlassen, nämlich aufrecht und ehrlich. Und ich habe mich hier immer aufrecht und ehrlich artikuliert und mich auch so verhalten. Wenn ich in der Hitze des Gefechts ... ich habe es nicht selber nachgehört. Ich habe es aufgeschrieben, was ich gesagt habe. Ich habe die Wortmeldung, deine Wortmeldung gehört. Die hat mich mindestens genauso erschüttert. (Zwischenruf Abg. Sprickler-Falschlunger: Es geht nicht um dich!) – Moment einmal! Du hast mich als „Braune“ bezeichnet. Und ich bin das nicht! Ich bin das nicht! Ich habe das nicht das erste Mal in diesen fünf Jahren getan, sondern schon mehrfach. Ich habe schon mehrfach hier herinnen gebeten, dass ich diese Anschuldigungen und diese Anschüttungen gegenüber meiner Person, aber gegenüber auch allen anderen, die hier, meinen Kolleginnen und

Kollegen aus der FPÖ, ich das nicht dulde. Das ist genauso unverschämt, wie wenn irgendjemand jemand anderen beschuldigt für etwas, das nicht stimmt und nicht wahr ist. Und ich verbitte es mir einfach ein für allemal. Ich sehe auch nicht ein, weshalb ich mir das hier bieten lassen muss. (Zwischenruf Abg. Sprickler-Falschlunger: Weil du so etwas sagen kannst. Das ist in deinem Kopf drinnen!) Du kannst auch sagen, was du willst. Und dann gehst du hier heraus, sagst, „ja, ich entschuldige mich halt dafür“. Ich entschuldige mich, sollte ich es so geäußert haben, dass es so verstanden werden hätte können.

Meine Intention war, klarzustellen, dass nur, weil wir uns in der Redensart toleranter verhalten, wie du das hier schon sehr oft gemacht hast. (Zwischenrufe – Abg. Sprickler-Falschlunger) – Ja, in der Vergangenheit der Legislaturperiode. So hat ..., Entschuldigung, vielleicht kannst du mir noch Naivität oder Boshaftigkeit oder ich weiß nicht was alles, vorwerfen. Also, in diese Abgründe, in diese tiefen, geistigen Abgründe begeben sich nicht in jeder Rede, die ich hier in diesem Landtag halte. Das möchte ich hier sagen! Meine Geisteshaltung ist grundsätzlich eine menschenliebende, eine entsprechend wertschätzende und eine positive und optimistische Haltung und nicht eine destruktive und von vornherein pessimistische Haltung. Das, so sehe ich meine Aufgabe im Vorarlberger Landtag. Und ich gehe nicht von vornherein davon aus, dass der Mensch, der hier an diesem Rednerpult steht, irgendeinen Krieg morgen anzetteln will, oder irgendetwas, was einmal miserabel war, hier auch womöglich noch gutheißen möchte. Davon, das ist nicht die Grundintention meiner politischen Tätigkeit. Ich gehe grundsätzlich davon aus, dass sich die Menschen mögen. Und ich mag sie auch, weil sonst wäre ich nicht hier.

**LTP Sonderegger:** Danke, Frau Abgeordnete Michalke. Der Herr Abgeordnete Zadra ist noch einmal zu Wort gemeldet. Bitte, vielleicht aber wieder auf das Thema zurückzukommen.

**Zadra:** Sehr geehrte Damen und Herren! Ich versuche, es Ihnen zu erklären, Frau Abgeordnete Michalke. Frau Abgeordnete Michalke, es macht einen Unterschied, wer etwas sagt und aus welcher Fraktion er stammt (Zwischenrufe) und welchen Hintergrund es hat. Bei Ihrer Fraktion (Zwischenrufe), bei Ihrer Fraktion, „jeden Tag kommt ein braunes Posting“. Das war die Intention der Frau Kollegin Doktor Sprickler-Falschlunger: Jede Woche (Zwischenrufe), jede Woche kommt ein braunes Posting. Ihr erster ... (Vorsitzender LTP Sonderegger: Herr Abgeordneter Zadra, ich bitte Sie, jetzt wirklich wieder zum Thema des Tagesordnungspunktes zurückzukehren. Die Frau Michalke hat sich erklärt in dieser Sache und, ich bitte, jetzt wieder zum Thema zu kommen und die Kurve zu kratzen.)

Es kommt darauf an, welchen Hintergrund die Fraktion mit sich bringt (Zwischenrufe), welche Verantwortung sie mit sich bringt. Der erste Bundesparteiobmann Ihrer Fraktion ist ein Mitglied der NSDAP und Regierung gewesen. Und da hat man natürlich dann auch eine besondere geschichtliche Verantwortung und muss bei der Wortwahl eine besondere Sensibilität an den Tag legen. (Zwischenrufe) Nicht mehr und nicht weniger! Und, sehr gut ...; ich glaube, wir können jetzt ganz ...; einer redet, das ist der am Rednerpult. (Vorsitzender LTP Sonderegger: Wenn Sie jetzt wieder zur Sache zurückkommen, weil sonst ...) Und insofern möchte ich das hier einfach ein- für allemal klarstellen, dass Sie natürlich einer besonderen Verantwortung nachkommen müssen. Das haben Sie jetzt, aus meiner Sicht, nicht getan. Ich wünsche trotzdem, dass man noch über die Mindestsicherung debattieren kann, wenn Ihnen das so wichtig ist. Alles andere ... (Zwischenrufe) – ja, okay, lassen wir es, das bringt ja nichts.

**LTP Sonderegger:** Dankeschön. Die Frau Abgeordnete Scheffknecht ist am Wort.

**Scheffknecht:** Herr Landtagspräsident, liebe Kollegen und Kolleginnen! Ja, es macht einen Unterschied, wer was sagt. Und, hätte der Herr Kickl das heute so gesagt, glaube ich, wäre es klar gewesen, wie es gemeint war. Ich gebe zu, es war missverständlich ausgedrückt. Auch ich habe es so verstanden, Frau Michalke. Ich habe Ihnen aber sehr wohl jetzt abgenommen, dass es nicht so gemeint war. Und ich kenne Sie jetzt fünf Jahre, und umso mehr nehme ich Ihnen ab, dass es nicht so gemeint war. Und, ich glaube, das ist auch wichtig, dass das heute von unserer Seite auch kommt.

**LTP Sonderegger:** Danke, Frau Abgeordnete Scheffknecht. Ich habe jetzt keine weitere Wortmeldung mehr zum Tagesordnungspunkt 7. auf der Rednerliste. Wir können damit in den Abstimmungsvorgang eintreten. Ich lasse zuerst über die eingebrachten Abänderungsanträge zur Beilage 27/2019 abstimmen, und zwar zuerst über den Abänderungsantrag der SPÖ, der im Ausschuss die Stimmen der Grünen und der SPÖ erhalten hat. Wer also mit dem Abänderungsantrag zur Beilage 27/2019, wie er heute nochmals eingebracht worden ist von der SPÖ, also diesem die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind wiederum die Stimmen der SPÖ und der Grünen (Zwischenruf: Und der NEOS!), und der NEOS – Entschuldigung, die Hand war etwas spät. Und damit bleibt dieser Abänderungsantrag in der Minderheit.

Ich bringe nunmehr den heute nochmals eingebrachten VP-Abänderungsantrag zur Beilage 27/2019 zur Abstimmung. Wer diesem die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die Stimmen der VP. Damit bleibt auch dieser Abänderungsantrag, wie im Ausschuss, in der Minderheit.

Ich lasse nunmehr, wie im Ausschuss, punktweise über den Selbständigen Antrag, die Beilage 27/2019, abstimmen. Wer also mit dem ersten Absatz beziehungsweise dem ersten Punkt des Selbständigen Antrags, der Beilage 27/2019, einverstanden ist beziehungsweise die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die Stimmen der FPÖ und der VP und damit ist der 1. Punkt mehrheitlich angenommen.

Ich lasse über den zweiten Punkt des Selbständigen Antrages, der Beilage 27/2019, abstimmen. Wer diesem die Zustimmung erteilt, den bitte ich um ein Zeichen mit der Hand. – Das sind die Stimmen der FPÖ und somit verbleibt dieser zweite Punkt in der Minderheit. Herzlichen Dank! Ich kann damit den Tagesordnungspunkt 7. schließen.